

Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.23 - 66. Jahrgang

12. November 2016



Flaggen am KSH: ASF und Terre des Femmes sagen Nein zu Gewalt an Frauen. Foto: Horb

SPD zeigt wieder Flagge

Am Freitag, dem 25. November wird zum jährlichen Aktions- und Gedenktag zur Beseitigung von Gewalt an Frauen aufgerufen. Deshalb wird zum nunmehr 15. Mal die Flagge der Terre des Femmes am Kurt-Schumacher-Haus gehisst. Der gemeinnützige Verein setzt sich für ein gleichberechtigtes und selbstbestimmtes Leben von Mädchen und Frauen weltweit ein.

Auch in Deutschland gehört geschlechtsspezifische Gewalt zur Lebensrealität vieler Frauen. Häusliche Gewalt ist die häufigste Ursache von Verletzungen an Frauen - noch vor Verkehrsunfällen oder Krebserkrankungen. Jedes Jahr werden in Berlin mehrere tausend Fälle häuslicher Gewalt bei der Polizei gemeldet. Besonders oft trifft es Frauen in ohnehin unsicheren Lebenssituationen oder mit Beeinträchtigungen. Die Inanspruchnahme bestehender Hilfsangebote ist hoch.

Seit 2014 bildet die Gewaltschutzambulanz der Berliner Charité eine wichtige Anlaufstelle für Opfer von Gewalt. Dort können Frauen, aber auch Männer und Kinder, ihre Verletzungen dokumentieren lassen - auch wenn sie anschließend nicht zur Polizei gehen. Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen setzt sich seit Jahren für den Ausbau solcher niedrigschwelliger Angebote ein, um Frauen vor häuslicher Gewalt besser zu schützen und dieser vorzubeugen. „Auch deren Finanzierung muss für die kommenden Jahre dringend gesichert werden“, so die ASF-Vorsitzende Eva Högl. **Lisa Frerichs** □

Koalitionsverhandlungen:

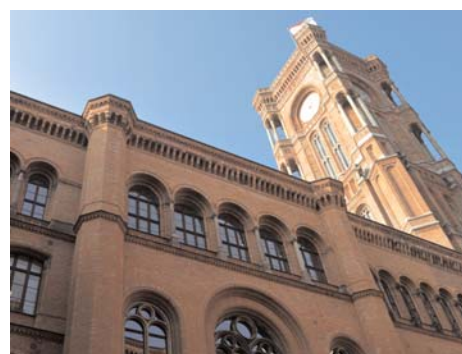
Neue Pläne für Berlin

SPD, Linke und Grüne auf der Zielgeraden

Die Stärkung von Wirtschaft und Wissenschaft, die Bekämpfung von Armut und prekärer Beschäftigung, mehr preiswerte Wohnungen, neue Initiativen in Sachen Gleichstellung und andere Akzente in der Verkehrspolitik - SPD, Linke und Grüne haben sich in den bisherigen Koalitionsverhandlungen bereits über zahlreiche Vorhaben verständigt. Jetzt müssen noch einmal alle Projekte auf ihre Finanzierbarkeit geprüft werden.

Es wird ein Neustart für die Stadt. SPD, Linke und Grüne haben sich in den Verhandlungen nicht nur viele neue Projekte vorgenommen, sondern sich auch auf gemeinsame Grundsätze guten Regierens verständigt. Dazu gehören regelmäßige Abstimmungsrunden zwischen den drei Partnern, aber auch Verbesserungen in der Verwaltung.

In der kommenden Woche sollen die Verhandlungen zum Abschluss kommen, auch die Ressortzuschnitte sollen dann festgelegt werden. Anschließend werden die drei Parteien das Ergebnis in ihren Gremien be-



Koalitionsverhandlungen: In der Schlussphase wird die Finanzierbarkeit der Vorhaben geprüft.

raten. Die Linkspartei will eine Mitgliederbefragung durchführen, bei der SPD sollen die Landesparteitagsdelegierten entscheiden. Nach bisheriger Planung könnte der Parteitag am 5. Dezember (Hotel Interconti, Budapester Straße) stattfinden. Die Wahl des Regierenden Bürgermeisters wäre dann in der Abgeordnetenhaussitzung am 8. Dezember möglich. **BS** □

siehe auch S. 3-4 und 6

Abwarten nach den US-Wahlen

Gabriel: „Jetzt auf eigene Stärken setzen“

Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller hat den Wahlerfolg von Donald Trump als „tragisch“ bezeichnet. Trump habe mit „rückwärtsgerandten, rassistischen und frauenfeindlichen Parolen gewonnen“.

Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier wies auf die „tiefen Wunden“ nach dem Wahlkampf hin. Deutschland müsse sich darauf einstellen, dass die amerikanische Außenpolitik „in nächster Zeit weniger vorhersehbar“ sein werde.

„Wünschen wir uns, dass sich die Spaltung der amerikanischen Gesellschaft, die er im Wahlkampf forciert hat, nicht weiter vertieft“, erklärte der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel. „Wir Europäer müssen nach

vorn schauen und uns selbstbewusst auf die neue Lage einstellen. Sicherheit und Frieden werden in Zukunft viel stärker von

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

DIE NÄCHSTE AUSGABE DER BERLINER
STIMME ERSCHEINT AM 3. DEZEMBER.

IHRE REDAKTION

uns selbst abhängen als von den USA. Setzen wir auf eigene Stärken und bewerten wir Trump ab sofort nach seinen Taten und nicht nach seinen Sprüchen. Trump hat seine Chance vom Volk bekommen.“ Trump sei „auch eine Warnung an uns“, sagte Gabriel. **BS** □

Sylvia-Yvonne Kaufmann:

Einsatz für Menschenrechte

Sacharow-Preis: Auszeichnung für zwei beeindruckende Frauen

Jedes Jahr vergibt das Europäische Parlament den Sacharow-Preis für geistige Freiheit an Menschen und Organisationen, die sich für die Grundfreiheiten und Menschenrechte einsetzen. Am 14. Dezember werden Nadia Murad Basee Taha und Lamiya Aji Bashar in Straßburg ausgezeichnet. Die zwei jesidischen Menschenrechtsaktivistinnen wollen vor allem auf das Schicksal der Frauen aufmerksam machen, die Opfer sexueller Versklavung durch den sogenannten „Islamischen Staat“ (IS) geworden sind.

Nadia Murad Basee Taha und Lamiya Aji Bashar sind Jesidinnen aus dem irakischen Bezirk Sindschar. Nach der Eroberung dieser Gebiete durch den IS, brachten IS-Kämpfer im August 2014 alle männlichen Einwohner ihres Dorfes um und versklavten die Frauen und Kinder, darunter Murad, Aji Bashar und ihre Schwestern. Sie wurden verschleppt, verkauft und als Sexsklavinnen oder Kindersoldaten ausgebeutet. Kein Einzelfall, denn der IS sieht in der Versklavung jesidischer Frauen und Kinder ein legitimes Mittel, um eines seiner Ziele zu erreichen: Die Bekämpfung und Auslöschung von religiösen Minderheiten wie den Jesiden. Auch wenn die genaue Zahl der Verschleppten unbekannt ist, gehen Menschenrechtsorganisationen von meh-



Sylvia-Yvonne Kaufmann ist Berliner Europa-abgeordnete und Landesvorsitzende der Europa-Union Berlin.
Foto: SPD Berlin

rerer Tausend Betroffenen aus. Nadia Murad Basee Taha und Lamiya Aji Bashar konnten beide entkommen und leben nun in Deutschland. Lamiya Aji Bashar wurde bei ihrer Flucht durch eine Tretmine schwer verletzt und ist seitdem fast vollständig erblindet. Zwei Personen, die mit ihr flüchteten, wurden durch die Mine getötet. Aji Bashar wurde zur medizinischen Behandlung nach Deutschland gebracht, wo sie auch ihre überlebenden Geschwister wiedertraf.

Nadia Murad gelangte zunächst in ein Flüchtlingslager im Norden des Irak und

schließlich nach Deutschland. Seither macht sie auf das Schicksal der Opfer des IS aufmerksam. Im Dezember 2015 berichtete sie während einer Sitzung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen über ihre Erlebnisse und machte sich für die Bekämpfung des Menschenhandels stark. Im September dieses Jahres wurde Murad die erste Sonderbotschafterin des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNDOC) für die Würde der Überlebenden des Menschenhandels.

Nadia Murad Basee Taha und Lamiya Aji Bashar engagieren sich für Frauen und Kinder, die Opfer der Verbrechen des IS geworden sind und machen durch Aufklärungskampagnen auf das Schicksal der Jesidinnen und Jesiden in der Region aufmerksam. Der IS geht mit extremer Brutalität gegen all diejenigen vor, die nicht seine Glaubensrichtung vertreten. Diese in seinen Augen „Ungläubigen“ werden daher systematisch Opfer von Gewalt, Versklavung und Mord durch den IS. Die religiöse Minderheit der Jesiden ist besonders ins Visier des IS geraten. Der UNO-Menschenrechtsrat spricht von Völkermord des IS an den Jesiden.

Dass Nadia Murad Basee Taha und Lamiya Aji Bashar so viel Mut beweisen, über ihr Schicksal berichten und für die Rechte der Opfer von Menschenhandel eintreten, ist beeindruckend. Wir müssen sie dabei mit aller Kraft unterstützen. Daher hat unsere sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament die beiden Aktivistinnen für den Sacharow-Preis 2016 nominiert. Die Verleihung dieses Preises durch das Europäische Parlament ist nicht nur eine Ehrung der beiden mutigen Frauen, sie ist vielmehr auch ein wichtiges Signal an die vielen weiteren Opfer des IS-Terrors, dass sie alle nicht vergessen und alleine sind. **Sylvia-Yvonne Kaufmann** □

Sorge um Entwicklung der Türkei

SPD-Generalsekretärin Barley kritisiert Verhaftungen

SPD-Generalsekretärin Katarina Barley hat die jüngsten Verhaftungen in der Türkei als „zutiefst schockierend und vollkommen inakzeptabel“ bezeichnet. Sie seien ein „weiterer Schlag gegen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Türkei“.

„Die Verhaftungen dienen offensichtlich nicht der Terrorbekämpfung, sondern haben das Ziel, die politische und gesellschaftliche Opposition in der Türkei mundtot zu machen“, erklärte die SPD-Generalsekretärin. „Dieses Vorgehen verurteilen wir auf das Schärfste. Eine Beitrittsperspektive der Türkei zur Europäischen Union rückt so in weite Ferne und erscheint gegenwärtig unrealistisch.“

Nach den Journalisten von „Cumhuriyet“ richteten sich die Verhaftungen gegen die Vorsitzenden und Abgeordnete einer demokratischen Oppositionspartei - der kurdischen HDP, die eine der Schwesterparteien der SPD in der Türkei ist. Barley: „Unsere Solidarität gehört den Journalisten, zivilge-

sellschaftlichen Aktivisten und Oppositionellen in der Türkei, die sich für Demokratie und Pluralität einsetzen. Wir sind in sehr großer Sorge um unsere Partner und Freunde in den türkischen Schwesterparteien der SPD. Das gilt in besonderer Weise für unsere Freunde in der kurdischen HDP.“

BS □

ASJ tagt in Berlin

Die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ) lädt von Samstag, 12. November, bis Sonntag, 13. November, zur Bundeskonferenz im Willy-Brandt-Haus ein.

Bundesjustizminister Heiko Maas hält am Samstag eine Rede zum Thema „Erfolge und Perspektiven sozialdemokratischer Rechtspolitik“. Am Sonntag um 12:00 Uhr spricht SPD-Generalsekretärin Katarina Barley zum Thema „Vor der Wahl: Mit Courage für ein gerechtes und weltoffenes Land“.

BS □

Berliner Stimme

Herausgeber: SPD Landesverband Berlin

Verlag: wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, D 10405 Berlin

Redaktion: Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Abo-Service: Jürgen Thomas, Tel.: 2130 870, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de
Abonnementspreis: 28 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 35 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)

Druckerei: KORRekt Mailingservice Berlin

Gemeinsame Pläne für Berlin

Koalitionsverhandlungen: Wirtschaft stärken, Armut senken, Mieten begrenzen

Bezahlbar wohnen. Mehr Neubau, mehr Sozialwohnungen und geringere Mietsteigerungen bei den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften: SPD, Linke und Grüne haben sich auf ein Bündel an Maßnahmen geeinigt, das Berlins Mieterinnen und Mietern zugutekommen soll. Für die soziale Wohnraumversorgung, so Stadtentwicklungssenator Andreas Geisel, werde man „Geld in die Hand nehmen“.

So wurde in den Koalitionsgesprächen verabredet, den Bestand landeseigener Wohnungen bis 2025 auf 400.000 zu erhöhen. In den kommenden fünf Jahren sollen jährlich 6000 neue Wohnungen gebaut werden, aber auch Zukäufe sollen den Bestand erhöhen. Die Hälfte der landeseigenen Neubauwohnungen soll Berlinerinnen und Berlinern mit einem Wohnberechtigungsschein zur Verfügung stehen. Für die Mieterinnen und Mieter der landeseigenen Gesellschaften sollen Mieterhöhungen für vier Jahre auf jährlich zwei Prozent begrenzt werden. Auch Wohnungsbaugenossenschaften wollen SPD, Linke und Grüne unterstützen. Um den Wohnungsmarkt weiter zu entlasten, sollen sie künftig auf landeseigenen Grundstücken günstige Wohnungen bauen können.

Erleichterung für die Mieterinnen und Mieter von Sozialwohnungen: Im kommenden Frühjahr soll auf eine Erhöhung der Mieten verzichtet werden. Für 2018 wollen die künftigen Koalitionspartner ein Gesetz zu einer umfassenden Reform vorbereiten, um die Mieten zu senken und abhängig vom Einkommen der Mieterinnen und Mieter zu staffeln.

Sichere Stadt. Berlin soll sicherer werden. So soll die Polizei im öffentlichen Raum sichtbarer sein, am Alexanderplatz ist die Einrichtung einer Kombiwache von Polizei und Ordnungsamt in Absprache mit der Bundespolizei geplant. Die Arbeitsbedingungen des Landeskriminalamts werden verbessert, um etwa organisierte Kriminalität nachhaltig bekämpfen zu können. Polizisten sollen besser besoldet und in einem Modellprojekt mit „Bodycams“ für Videoaufnahmen ausgestattet werden, die Schießstände werden saniert. Die Zahl der Stellen soll weiter erhöht werden, den genauen Umfang wollen die künftigen Koalitionspartner mit den Finanzpolitikern beraten. Für circa 1000 unbesetzte Stellen soll möglichst schnell Personal eingestellt werden. Gestärkt werden sollen auch die Rettungsdienste. Drogenkriminalität, so der SPD-Innenpolitiker Frank Zimmermann, werde nicht geduldet. Für eine gezielte Abgabe von Cannabis an Erwachsene ist ein wissenschaftliches Modellprojekt im Gespräch.



Michael Müller, Ramona Pop, Klaus Lederer.

Foto: Strobel

Mehr Mobilität. In der Verkehrspolitik wollen SPD, Linke und Grüne den Fahrradverkehr und den öffentlichen Nahverkehr weiter stärken. Das Straßenbahnnetz soll ausgebaut und in den Westteil der Stadt verlängert werden. Auf dem vielbefahrenen S-Bahnring soll der 5-Minuten-Takt ausgeweitet werden. Im kommenden Jahr soll eine neue Tarifstruktur für den öffentlichen Nahverkehr erarbeitet werden. Klar ist bereits, dass der Preis für das Sozialticket von aktuell 36 Euro auf 25 Euro sinkt.

Bis Ende 2017 soll ein Mobilitätsgesetz erarbeitet werden. In einem ersten Schritt soll bis Frühjahr 2017 ein Gesetzentwurf für den Radverkehr vorgelegt und eingebracht werden, das auch Verbesserungsvorschläge aus dem Fahrradbegehren aufgreift. Die Verlängerung der A100 soll am Treptower Park einen qualifizierten Abschluss finden.

Die Straße Unter den Linden soll ab 2019 für den motorisierten Individualverkehr gesperrt werden. Unterlegt werden müsse das noch mit fundierten Verkehrsuntersuchungen, so der stellvertretende SPD-Landesvorsitzende Andreas Geisel. Die Straße soll aber weiter offen für den Umweltverbund aus ÖPNV, Taxen, Radverkehr und Fußgängern sein. Nach aktuellen Schätzungen, so Geisel, müssten nur noch etwa 8.000 Kfz pro Tag umgeleitet werden.

Auf Nachhaltigkeit setzen. Damit Energie auch in Zukunft bezahlbar bleibt, ist für die künftige rot-rot-grüne Koalition die Rekommunalisierung der Strom- und Gasnetze eines der zentralen Ziele. Ver- und Entsorgung als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge gehörten in die öffentliche Hand, so das allgemeine Bekenntnis von SPD, Linke und Grünen. Die Bestrebungen der Rekommunalisierung gingen mit einer Arbeitsplatzsicherheit für die Beschäftigten in den Versorgungsunternehmen Berlins einher, betonte SPD-Vize Andreas Geisel.

Gleichzeitig haben sich die künftigen Koalitionäre darauf verständigt, das Berliner

Stadtwerk zu einem kraftvollem Akteur für die Energiewende und den Klimaschutz auszubauen. Dabei werden die Gewinne der Stadtwerke vollständig in die ökologische und soziale Umgestaltung der Berliner Energieversorgung reinvestiert.

Im Umweltbereich setzt die künftige Koalition u.a. auf mehr Parks und einen Bestandsschutz für Kleingärten.

Wissenschaft stärken. „Wissenschaft – Impulsgeberin der wachsenden Stadt Berlin“ – unter dieser Überschrift verhandelten SPD, Linke und Grüne am 31. Oktober den Themenkomplex Wissenschaft bei den Koalitionsgesprächen. Eine wichtige Einigung konnte im Bereich der Hochschulfinanzierung erzielt werden. So will die künftige Koalition die Hochschulverträge mit einem jährlichen Aufwuchs von 3,5 Prozent fortschreiben und die Dauer der Verträge zudem auf fünf Jahre statt bislang vier Jahre ausweiten. Das verschafft den Hochschulen mehr Planungssicherheit.

Im Gegenzug will die künftige Koalition eine Verdopplung der Absolventinnen und Absolventen in der Lehrkräftebildung. Derzeit ist in den Hochschulverträgen die Kapazität von 1000 Plätzen festgeschrieben, es schließen jedoch nur 750 angehende Lehrerinnen und Lehrern ihr Studium ab. „Die Platzzahl selbst hat sich als Bezugzahl nicht bewährt“, sagte SPD-Vize Mark Rackles. Der Vertrag müsse deswegen dahingehend geändert werden, dass die Leistungsbringung erst dann erfolgt sei, wenn die AbsolventInnen auch da sind.

Besonders der Bedarf an Grundschullehrerinnen und -lehrern soll dabei berücksichtigt werden. Auch weitere Studiengänge sollen an den Bedarf der wachsenden Stadt angepasst werden. So sollen die Studienkapazitäten im Rahmen der Hochschulverträge in den Bereichen Allgemeine Verwaltung, Gesundheitsberufe, Pädagogik und Soziale Arbeit verstärkt ausgeweitet werden.

Im Bereich der Beschäftigung an Hochschulen zielt Rot-Rot-Grün ebenfalls auf einen Paradigmenwechsel. Gute Arbeit soll auch in der Wissenschaft gegeben sein. Der bundesweit einmalige studentische Tarifvertrag soll weiterentwickelt werden.

Rot-Rot-Grün hat sich zudem darauf verständigt, Stadtgesellschaft und Wissenschaft stärker miteinander zu verknüpfen. Dazu will die künftige Koalition ein Forum sowie ein Förderinstrument schaffen, das Anregungen für Forschungsbedarfe aus der Stadtgesellschaft aufnimmt.

Zugänge zur Kultur für alle. Räume si-

Fortsetzung Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

chern, finanzielle Hürden reduzieren und die Kultur für alle öffnen - das sind einige der Ziele, auf die sich Rot-Rot-Grün in der Kulturpolitik geeinigt hat. „Es ist wichtig für die kulturelle Weiterentwicklung Berlins und auch für ein gutes Zusammenleben der Stadt, dass wir hier einen sehr starken und, auch das gehört mit dazu, einen sehr stark ausgestatteten kulturellen Bereich haben“, betonte der SPD-Landesvorsitzende und Regierende Bürgermeister Michael Müller. Hier habe man bereits bei den vergangenen Haushaltsberatungen wichtige Schritte in die richtige Richtung gehen können, dies müsse nun verstetigt und ausgebaut werden.

Eine große Bedeutung komme in der kommenden Legislaturperiode der Raumsicherung zu. „Künstlerinnen und Künstler sagen, das A und O für ihr Schaffen sind Räume“, so Michael Müller nach den Koalitionsverhandlungen am 29. Oktober. Es werde eine harte Auseinandersetzung, diese Räume in den kommenden Jahren zu erhalten oder sogar neu zu schaffen. 2000 Ateliers sollen berlinweit gesichert werden, so das Ziel von Rot-Rot-Grün. Auch auf ein Sanierungsprogramm für die Kulturszene einigten sich die drei Parteien.

SPD, die Linke und Bündnis 90/Die Grünen haben sich zudem darauf verständigt, sich für eine kostenfreie Zeitspanne für den Besuch öffentlicher Museen einzusetzen. Damit sollen die finanziellen Hürden gesenkt werden, vor denen gerade ärmere Menschen in der Stadt stehen. Auch die Situation der Künstlerinnen und Künstler soll verbessert werden. So soll mit den Mitteln, die das Land für Kultur zur Verfügung stellt, keine prekäre Beschäftigung unterstützt werden.

„Ehe für alle“ wieder auf der Tagesordnung. Zuvor hatten die drei Parteien am 29. Oktober über die Themen „Frauen und Emanzipation“ verhandelt. Auch hier einigten sich die Verhandlungspartner auf wichtige Ziele. So will Rot-Rot-Grün einen neuen Anlauf im Bundesrat für die „Ehe für alle“ nehmen. Hierfür sei eine Bundesratsinitiative für die Zeit nach der Bundestagswahl 2017 geplant.

Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit, Stichwort „Regenbogenstadt Berlin“, sollen ein Markenzeichen der neuen Koalition werden, betonte die Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende der Berliner ASF, Eva Högl, die für die SPD die Fachverhandlungsgruppe leitete. Gleichstellung und queere Politik zögen sich durch sämtliche Politikbereiche.

Im Pressestatement hob Eva Högl die Unterstützung von Alleinerziehenden hervor, durch Angebote flexibler Kinderbetreuung, aber insbesondere auch die geplante Ausweitung des Unterhaltsvor schusses durch den Bund, die Berlin bereits



Gleichstellung wird verbessert: Eva Högl (r.) Berichtete aus den Koalitionsgesprächen.

vor einigen Monaten mit einer eigenen Bundesratsinitiative gefordert hatte.

Darüber hinaus wurde die bedarfsge rechte Aufstockung von Frauenhausplätzen vereinbart sowie eine verbesserte Unterstützung von Stalking-Opfern durch eine engere Verzahnung von Polizei, Staatsanwaltschaft und Opfern. Die Koalition will sich zudem in allen Beschäftigungsbereichen für gleichberechtigte Chancen einsetzen. In den landeseigenen Betrieben soll deshalb der Anteil von Frauen in den Bereichen sichtbar erhöht werden, in denen sie bislang noch unterrepräsentiert sind.

Auch gegen sexistische Werbung positioniert sich Rot-Rot-Grün deutlich. So soll in der Ausschreibung der landeseigenen Werbeflächen ein Verbot sexistischer Werbung festgeschrieben werden.

Wirtschaft: Innovativ, gerecht, nachhaltig. In ihrer fünften Verhandlungsrunde haben sich SPD, Linke und Grüne über gemeinsame Ziele in der Wirtschaftspolitik verständigt. „Innovativ, gerecht, nachhaltig“, lautete das Motto. So soll eine Anlaufstelle für kleine und mittlere Betriebe geschaffen werden, die ihnen Unterstützung und Beratung bei der Digitalisierung gibt. Der Ausbau der dazu nötigen Infrastruktur in der Stadt mit Glasfasernetz, 5G Netz und öffentlichem WLAN soll beschleunigt werden, Berlins landeseigene Unternehmen sollen dazu einen Beitrag leisten. Die erfolgreichen Cluster, etwa die Gesundheitswirtschaft, die Kreativwirtschaft oder die Mobilitätsbranche, sollen weiter gefördert werden. Gestärkt werden soll die Elektromobilität, die auch im Wirtschaftsverkehr eine stärkere Bedeutung bekommen soll. So soll die Zahl der Ladesäulen steigen.

Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge soll auf einen Mindestlohn von 9 Euro geachtet werden. Der Tourismus hat für die Stadt eine immer größere Bedeutung bekommen. In den besonders stark besuchten Stadtquartieren soll stärker für den Ausgleich der Interessen von Anwohnerinnen und Anwohnern, Touristen und Gewerbetreibenden gesorgt werden. Bezirke mit besonders hohen Touristenzahlen sollen eine besondere finanzielle Unterstützung erhalten. Das ICC soll als Kongresszentrum sa-

niert werden, der Zeitplan dafür richtet sich nach den vorhandenen finanziellen Möglichkeiten, so Barbara Loth, die für die SPD an den Verhandlungen beteiligt war. Dem geplanten Freihandelsabkommen CEFTA würde Berlin im Bundesrat in seiner aktuellen Fassung nicht zustimmen.

Strategien gegen Armut entwickeln.

SPD, Linke und Grüne verständigten sich darauf, ressortübergreifend eine Strategie gegen Armut zu entwickeln. Ein besonderes Augenmerk soll dabei, so Arbeitssenatorin Dilek Kolat, auf Arbeitslose, Familien mit Kindern und Alleinerziehende gerichtet werden. Es gehe darum, das „soziale und inklusive Berlin“ voranzubringen, so Dilek Kolat. Auf Bundesebene soll geprüft werden, ob der Kinderzuschlag erhöht werden kann. Um Verdrängungsprozessen entgegenzuwirken, sollen die in der AV Wohnen festgelegten Werte bei Unterbringungskosten überprüft werden. Auch Wohngeldempfänger sollen künftig einen Anspruch auf den Berlin-Pass haben, der für Vergünstigungen im Nahverkehr oder beim Besuch von Veranstaltungen sorgt. Deutlich ausgeweitet werden soll das Angebot der Kältehilfe für Obdachlose. Wie weit diese Projekte finanziert werden können, muss noch in der Arbeitsgruppe Finanzen geklärt werden.

Geplant ist der Einstieg in eine Ausbildungsplatzabgabe für Betriebe, die selbst keine Ausbildung anbieten. Diese Mittel könnten dann für die Förderung neuer Ausbildungsplätze verwendet werden. Derzeit bilden nur 12,1 Prozent der Berliner Betriebe aus, das sei zu wenig, betonte Dilek Kolat. Den Anfang soll der Pflegebereich machen, wo ein besonderer Bedarf an Fachkräften herrscht, aber entsprechende Ausbildungsangebote fehlen. Insgesamt soll die Pflegeversorgung verbessert werden.

Gesundheitspolitik. In der vierten Runde am 24. Oktober waren weitreichende Übereinstimmungen in der Gesundheitspolitik erzielt worden. So soll der öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) gestärkt werden und Krankenhäuser besser finanziert werden, damit Investitionen nicht auf Kosten von Personal oder medizinischer Versorgung gehen. Die Verhandlungspartner waren sich zudem einig darüber, dass die Praxen von Fachärzten besser über die Stadt verteilt sein müssen. In Bereichen, in denen Gesundheitsgefahren etwa durch Drogen auftreten können, soll mehr Aufklärungsarbeit vor Ort geleistet werden. Gesichert werden soll auch die medizinische Versorgung von Menschen ohne Krankenversicherung, etwa durch Einführung eines anonymen Krankenscheins. Die Ausbildung in der Altenpflege soll auf Dauer kostenfrei bleiben. Der SPD-Gesundheitspolitiker Boris Velter nannte die Verhandlungen „sehr erfolgreich und sehr sachorientiert“.

Der Stellenwert der Kultur ist deutlich gewachsen

Brigitte Lange zieht Bilanz ihrer Arbeit im Abgeordnetenhaus

Brigitte Lange, langjährige kulturpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, ist aus dem Berliner Abgeordnetenhaus ausgeschieden. Für die BERLINER STIMME zieht sie eine persönliche Bilanz ihrer Arbeit.

Im Laufe meiner 15 Jahre als kulturpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus habe ich vor allem eines gespürt: die stetige Zunahme der Wertigkeit von Kunst und Kultur in unserer Stadt! Das kann man sowohl in der Bevölkerung bzw. bei den Besuchern, als auch im Kulturhaushalt der Stadt feststellen. Berlin bekennt sich zu seiner Kunst und Kultur, und das ist sogar im Ausland spürbar: Berlin liegt mittlerweile europaweit auf Platz 3 der Destinationen nach London und Paris. Und ich bin sicher: Dieser positive Trend setzt sich fort!

Eine ganze Reihe von Entscheidungen und Entwicklungen haben das Markenzeichen unserer Stadt, das Besondere, unsere Kunst- und Kulturlandschaft, geprägt. Hervorzuheben sind zunächst unsere drei Opern, die wir unter dem Dach der Opernstiftung zusammengeführt haben - das hat sich als großer Erfolg herausgestellt.

Unsere Theater, Orchester, Chöre, Museen und Gedenkstätten genießen internationales Ansehen - aber was wäre Berlin ohne seine „Freie Szene“?

Über die Jahre haben wir die Freie Szene



Brigitte Lange war 15 Jahre kulturpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion. Foto: Horb

der Bildenden Künstler, Tänzer, Schauspieler und Musiker kontinuierlich stärker gefördert. Wir haben in Berlin eines der bundesweit besten Fördersysteme für die frei arbeitenden Künstlerinnen und Künstler. Und das müssen wir unbedingt erhalten und stärken!

Ein wesentlicher Punkt meiner kulturpolitischen Arbeit war der Einsatz für kulturelle Bildung. Ich bin der Meinung, dass wir Kunst und Kultur fördern, weil Kultur ein öffentliches Gut ist und die Teilhabe am Kulturleben kein Luxus für Reiche sein darf. Da kulturelle Bildung im Kindesalter beginnt, habe ich mich für eine Vielzahl ganz unterschiedlicher Projekte „von Anfang

an“ eingesetzt, so beispielsweise für den Projektfonds Kulturelle Bildung, von dem auch die Berliner Bezirke profitieren. Denn: Kunst und Kultur passieren eben nicht nur in der Mitte der Stadt - sondern in jedem einzelnen Bezirk! Deshalb haben wir die Bezirke mit mehr Geld für ihre Kulturprojekte ausgestattet, z.B. mit dem sog. „Lese-topf“ für Lesungen in Bibliotheken, Schulen und Kitas. Mit einem Ausstellungsfonds erfahren die kommunalen Galerien eine deutliche Aufwertung, so dass diese Standorte für die Präsentation zeitgenössischer bildender Kunst gestärkt sind. Jetzt ist es für die Bezirke möglich, Ausstellungshonorare zu bezahlen.

Es ist eine enorme Herausforderung in Berlin Kunst- und Kulturpolitik zu machen! Ich habe diese Aufgabe stets spannend gefunden und versucht, Tradition und Moderne miteinander zu verknüpfen. Wir brauchen auf jeden Fall für die Zukunft Visionen und planvolles Vorgehen, um unsere herausragende Kunst- und Kulturlandschaft zu erhalten und unseren international anerkannten Ruf als Kunstmetropole auf hohem Niveau zu stärken.

Ich werde zukünftig in der Kunst- und Kulturszene meiner Stadt ehrenamtlich für die Sozialdemokratie tätig sein und die weitere Entwicklung aktiv mitbegleiten! Darauf freue ich mich schon jetzt!

Brigitte Lange □

Ehrung:

„Wir bauen eine lange Tafel“

Regine-Hildebrandt-Preis für Hellersdorfer Verein „Kids & Co“

Der Berliner Verein „KIDS & CO“ erhält in diesem Jahr gemeinsam mit dem Verein „Afghanische Frauen in München“ und dem Verein „Arbeit und Dritte Welt“ aus Hildesheim den „Regine-Hildebrandt-Preis“, der von der Bundes-SPD verliehen wird.

Die SPD verleiht den Preis an gesellschaftliche Gruppen und Personen, die für die innere Einheit Deutschlands, gegen Rechtsextremismus und Gewalt wirken und für Frieden, Freiheit und soziale Gerechtigkeit eintreten. Zur Preisverleihung lädt die SPD gemeinsam mit dem Forum Ostdeutschland der Sozialdemokratie am 26. November 2016, dem 15. Todestag von Regine Hildebrandt, um 16 Uhr ins Willy-Brandt-Haus nach Berlin ein. Die Auszeichnung ist mit insgesamt 20.000 Euro dotiert und geht in diesem Jahr zu drei gleichen Teilen an die Preisträger.

Schirmherrin des „Regine-Hildebrandt-Preises“ und Vorsitzende der Jury ist die

stellvertretende SPD-Vorsitzende Manuela Schwesig.

Der Verein „KIDS & CO“ aus Berlin-Hellersdorf ergriff im Jahr 2013 mit dem Projekt „neverending community table“ die Initiative, um einen Dialogprozess zwischen Einheimischen und Geflüchteten in einem sozialen Brennpunktkiez in Gang zu setzen. Unter dem Motto „Wir bauen keine höheren Zäune, sondern eine lange Tafel, an der alle Platz nehmen können“ entstand mit Hilfe der Anwohner und Geflüchteten der mit 173 Metern längste Tisch der Welt. Hunderte Menschen nahmen daran Platz und sprachen miteinander. Der Verein engagiert sich gegen rechtes Gedankengut und betreibt Kinder- und Jugendtreffs, ein familienfreundliches Café und eine Werkstatt für Anwohner und Geflüchtete.

Die Schirmherrin des Preises Manuela Schwesig sagte zum „neverending community table“: „Miteinander ins Gespräch

kommen und Vorurteile abbauen sind wichtige Schritte, um erfolgreiche Integration zu organisieren. Mich überzeugt der pragmatische Ansatz, der in einer aufgeheizten Atmosphäre die scheinbar simple Tugend des miteinander statt des übereinander Redens in die Tat umsetzt.“

Der Verein „Afghanische Frauen in München“ besteht seit 2013. Er fördert internationale Gesinnung, Toleranz und Völkerverständigung. Besonders soll das Selbstwertgefühl von Frauen gestärkt und ihr Bestreben nach Gleichberechtigung unterstützt werden. Der Verein „Arbeit und Dritte Welt“ aus Hildesheim besteht schon seit 1995. Der Verein sammelt Werkzeuge und Maschinen und arbeitet diese in vereinseigenen Werkstätten auf. Über Selbsthilfeninitiativen werden sie dann in Entwicklungsländern verteilt. Seit der Gründung des Vereins haben über 1.000 Menschen in den Werkstätten des Vereins befristete Beschäftigung gefunden und sich so besser

Bezirksämter nehmen die Arbeit auf

BVV-Sitzungen im November mit weiteren Wahlen

In den meisten Bezirken haben sich die Bezirksverordnetenversammlungen am 27. Oktober konstituiert, in etlichen Bezirken haben die neuen Bezirksämter die Arbeit aufgenommen. Noch hakt es aber an einigen Stellen.

So scheiterte in **Friedrichshain-Kreuzberg** zunächst die Wahl der BVV-Vorsteherin. SPD und Linke lehnten die von den Grünen vorgeschlagene bisherige Amtsinhaberin mit Hinweis auf ihre bisherige Sitzungsleitung ab. Die drei Parteien hatten eine Zählgemeinschaft zur Wahl des Bezirksamt verabredet, das aber ohne funktionsfähige BVV nicht gewählt werden kann. Der bisherige SPD-Stadtrat Peter Beckers kandidiert nach zehn Jahren nicht erneut, um die Nachfolge bewirbt sich der bisherige Fraktionsvorsitzende Andy Hehmke.

Erst am 30. November wird auch die **Spandauer** Bezirksverordnetenversammlung wieder zusammenkommen. Im Havelbezirk war die SPD stärkste Partei geworden, ihr Bezirksbürgermeister Helmut Kleebank soll die Arbeit fortsetzen. Allerdings hatte die CDU Verhandlungen über eine Zählgemeinschaft mit der SPD abgebrochen. Nur SPD und CDU hätten eine ausreichende Mehrheit. Zwar hatte die CDU offiziell eine Zusammenarbeit mit der AfD ausgeschlossen, dennoch wurde spekuliert, dass sie ihren Bürgermeisterkandidaten in geheimer Wahl auch von der AfD wählen lassen könnte. Das Vorschlagsrecht für den Bezirksbürgermeister liegt allerdings bei der SPD als stärkster Partei und kann dieser, so verschiedene Rechtsgutachten, auch nicht genommen werden. Zur neuen BVV-Vorsteherin wurde einstimmig Gay Schiller (SPD) gewählt.

In der konstituierenden Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) **Neukölln** wurde Bezirksbürgermeisterin Dr. Franziska Giffey in ihrem Amt bestätigt. Sie erhielt 37 Ja-Stimmen bei 9 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen. Die rot-grüne Zählgemeinschaft, die am 24. Oktober vereinbart worden war, kommt gemeinsam auf 28 Sitze. Zum Bezirksverordnetenvorsteher wurde auf Vorschlag der SPD der vorherige Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion Lars Oeverdieck gewählt, der den Vorsteher Jürgen Koglin ablöst. Auf Oeverdieck entfielen 38 Ja-Stimmen bei 4 Nein-Stimmen und 9 Enthaltungen. Als Bezirksstadtrat leitet Jan-Christopher Rämer weiter das Ressort Bildung, Schule, Kultur und Sport. Rämer wurde mit 35 Ja-Stimmen bei 8 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen gewählt und erklärte: „Für die SPD Neukölln ist Bildung der Grundstein für eine gerechte Gesellschaft. Das hat bei uns Tradition seit den 1920er Jahren!“ Die näch-



Unterzeichnung der Zählgemeinschaft in Neukölln. Foto: SPD Neukölln

ste Sitzung der BVV Neukölln findet am 16. November statt und konstituiert die zukünftigen Ausschüsse.

In **Pankow** wurde Sören Benn (Linke) am 27. Oktober zum Bezirksbürgermeister gewählt. Als Bezirksstadträtin ist Rona Tietje künftig für die Bereiche Jugend, Wirtschaft und Soziales zuständig. Als dritter wurde Jens-Holger Kirchner (Grüne) stellvertretender Bezirksbürgermeister und Bezirksstadtrat. Zwei weitere Stadträte sollen am 16. November gewählt werden.

Komplett gewählt wurde das Bezirksamt **Reinickendorf**. Da es für eine schwarz-grüne Zählgemeinschaft nicht mehr reichte, einigte sich die CDU mit der SPD auf die Wahl ihres Kandidaten Frank Balzer. Stellvertreter ist für die SPD Uwe Brockhausen, der die Bereiche Wirtschaft, Gesundheit, Integration und Soziales übernimmt

In **Marzahn-Hellersdorf** hat sich die BVV konstituiert, das Bezirksamt soll am 10. November (nach Redaktionsschluss) gewählt werden. LINKE, SPD und CDU haben eine Vereinbarung über Grundsätze der kommunalpolitischen Arbeit vereinbart.

Der Sozialdemokrat Oliver Igel ist am 27. Oktober erneut als Bezirksbürgermeister von **Treptow-Köpenick** gewählt worden. Zuvor hatten die SPD Treptow-Köpenick und die Partei Die Linke Treptow-Köpenick in der Gedenkstätte Köpenicker Blutwoche eine Vereinbarung über die politische Zusammenarbeit für die VIII. Wahlperiode der BVV unterzeichnet. Es ist die erste Vereinbarung, die beide Parteien schließen. „SPD und DIE LINKE sind sich ihrer historischen Wurzeln und politischen Auseinandersetzungen bis zur und direkt nach der Friedlichen Revolution bewusst. Nach 26 Jahren neben- und manchmal gegeneinander wollen beide Kooperationspartner ein neues Kapitel für Treptow-Köpenick beginnen“, sagte der SPD-Kreisvorsitzende Oliver Igel. Schwerpunkte sind u.a. eine vernünftige Personalausstattung der Verwaltung, mehr günstiger Wohnungsbau, neue Kitaplätze und ein

neues Kulturkonzept. Auch die Informationen über bezirkliche Planungen und Entscheidungen sollen verbessert werden.

In **Steglitz-Zehlendorf** ist es am 9. November zum Eklat bei der Wahl des Bezirksamts gekommen. Die SPD hatte für die beiden ihr zustehenden Stadtratspositionen den jetzigen stellvertretenden Bezirksbürgermeister Michael Karnetzki und die Rechtsanwältin und ehemalige Juso-Bundesvorsitzende Franziska Drohsel nominiert. Nur Michael Karnetzki wurde gewählt. Ein Bündnis von CDU, AfD und FDP in der BVV verweigerte Franziska Drohsel die Stimmen mit der Begründung, sie sei vor zehn Jahren Mitglied der „Roten Hilfe“ gewesen. Bei 25 Ja-Stimmen und 30 Nein-Stimmen fehlten Franziska Drohsel auch zwei Stimmen aus dem Lager von SPD, Linken und Grünen. Die Grünen haben mit der CDU eine Zählgemeinschaft zur Wahl der CDU-Bezirksbürgermeisterin Cerstin Richter-Kotowski gebildet, „Das Verhalten vor allem der größten Fraktion, der CDU, zeigt, dass sie zu konstruktiver politischer Arbeit im Bezirk nicht gewillt ist“, so der SPD-Fraktions-Vorsitzende Volker Semler. „Wir erwarten die Unterstützung unserer Kandidatin, so wie auch wir die Kandidaturen von Cerstin Richter-Kotowski und Frank Mückisch unterstützt haben.“

In **Mitte** ist Ephraim Gothe als stellvertretender Bürgermeister und Stadtrat für Stadtentwicklung ins Bezirksamt zurückgekehrt. In einer Abstimmung auf der Kreisdelegiertenversammlung hatte er sich zuvor knapp gegen die bisherige Bezirksstadträtin für Jugend, Schule und Sport Sabine Smentek durchgesetzt. Das Bürgermeisteramt übernahm Stephan von dassel (Grüne), Grüne und SPD bildeten eine Zählgemeinschaft.

In **Charlottenburg-Wilmersdorf** erfolgt die Wahl des Bezirksamts am 17. November, Bürgermeister Reinhard Naumann kann auf die Unterstützung einer rot-grünen Zählgemeinschaft setzen. Zur neuen BVV-Vorsteherin wurde Annegret Hansen (SPD) gewählt.

Lichtenberg wählt am 17. November. Für die Linke wird dann voraussichtlich Evrim Sommer neue Bezirksbürgermeisterin, die bisherige Amtsinhaberin Birgit Monteiro ist von der SPD als Stadträtin nominiert.

Stefan Böltes (SPD) ist neuer BVV-Vorsteher in **Tempelhof-Schöneberg**. Er erhielt 46 von 55 Stimmen. Eine rot-grüne Zählgemeinschaft hat sich auf gemeinsame Ziele verständigt. Die bisherige Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler (SPD) kandidiert auf der nächsten BVV-Sitzung erneut für das Amt. Jan Rauchfuß wurde als SPD-Fraktionsvorsitzender bestätigt. **BS** □

Charlottenburg:

Benefizkonzert für Geflüchtete

Die Initiative „Respekt für Griechenland“ veranstaltet am Dienstag 22.11.16 19 Uhr im Rathaus Charlottenburg ein Klavierkonzert mit klassischen und volkstümlichen Stücken zugunsten einer Modelleinerichtung für nach Schließung der Balkan-Route in Griechenland gestrandete Flüchtlinge.

Die Schirmherrschaft hat der Bezirksbürgermeister von Charlottenburg-Wilmersdorf, Reinhard Naumann. Der Fachausschuss für Internationale Politik, Frieden und Entwicklung der SPD Berlin ruft seine Mitglieder, Freundinnen und Freunde auf, die Initiative durch Teilnahme an dem Konzert und Spenden zu unterstützen.

Das Konzert bietet Gelegenheit, ein außergewöhnliches Kunsterlebnis mit einer wirksamen Hilfe für schutzbedürftige Menschen zu verbinden und auch mehr öffentliche Aufmerksamkeit für die ungelöste Flüchtlingskrise in Europa zu schaffen.

➔ Benefizkonzert mit Marios Papadopoulos, Pianist und Leiter des Oxford Philharmonia Orchesters, und Lennart Speer, Dienstag, den 22. November 2016, 19:00 bis 21:00 Uhr, Rathaus Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin, Festsaal. Der Eintritt ist frei! Stattdessen wird um großzügige Spenden für das Projekt „Model Hostel WELCommon“ in Athen gebeten.

Parlamentarische Linke:

Rente - zukunftsfest und solidarisch

Altersarmut ist kein Naturgesetz - sie zu verhindern ist eine Frage politischer Steuerung. Deshalb hat die Parlamentarische Linke (PL) bereits im Juli 2016 einen Maßnahmenkatalog vorgelegt, um das Rentensystem in Deutschland zukunftsfest und solidarisch umzubauen. Am 29. November wird darüber diskutiert.

In Kürze wird auch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales ein Konzept zur Reform der Alterssicherung vorstellen. Wir wollen gemeinsam mit Bundesministerin Andrea Nahles MdB und dem Vorsitzenden der IG Metall Jörg Hofmann über die Zukunft der Alterssicherung diskutieren laden Sie und Euch herzlich dazu ein!

➔ Veranstaltung: Rente - zukunftsfest und solidarisch, am Dienstag, dem 29.11.2016, um 19.00 Uhr, im Deutschen Bundestag (PLH E.200). Um Anmeldung über das Online-Formular wird gebeten: <http://www.parlamentarische-linke.de/detail/rente/>

Die Welt verstehen

Ein Bürgerforum inmitten der Stadt

Es soll ein Raum der Begegnung für Menschen aus aller Welt werden, ein Treffen der Kulturen. Und ein Ort des „Weltverstehens“. Für Berlins Regierenden Bürgermeister Michael Müller ist das Humboldt Forum das „derzeit wichtigste Kulturvorhaben in Europa“. Jetzt hat Gründungsintendant Neil MacGregor erste Einblicke in das Konzept gegeben.

Als ein Zentrum für Kunst, Kultur, Wissenschaft und Bildung soll das Humboldt Forum Ende 2019 eröffnet werden. Einzug halten dort auf 20.000 Quadratmetern u.a. die Berliner Sammlungen des Ethnologischen Museums und des Museums für asiatische Kunst. Neil MacGregor und seine Mit-Intendanten Hermann Parzinger (Stiftung Preussischer Kulturbesitz) und Horst Bredekamp (Humboldt-Universität) wollen das Humboldt Forum zu einem Ort machen, der mit seinen Ausstellungen die Verflechtungen der Welt zeigt. Im Geiste der Brüder Humboldt soll die Welt als Ganzes sichtbar und verständlich werden. Religion, Migration und Kolonialismus werden dabei eine wichtige Rolle spielen. In der Humboldt-Akademie sollen Vorlesungen, Konferenzen und Diskussionsveranstaltungen stattfinden. Berlin wird sich in eigenen Räumen präsentieren und den Austausch zwischen der Stadt und der Welt in den Mittelpunkt stellen. Damit wird zugleich die Verbindung zu den Sammlungen außereuropäischer Kulturen im Humboldt Forum hergestellt. Die drei Gründungsintendanten warben bei der



Blick ins noch unfertige Humboldt Forum.

Foto: Ulrich Horb

Vorstellung ihres Konzepts dafür, das Humboldt Forum kostenlos zugänglich zu machen.

„Wir haben mit diesem Konzept gute Chancen, wie geplant tatsächlich ein ‚Bürgerforum‘ zu verwirklichen - einen für alle offenen Ort des Wissens und der Diskussion“, so Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller. „Es ist richtig, dass die Gründungsintendanten dabei die Eintrittspreise zur Debatte stellen. Damit wird deutlich, dass es beim Humboldt Forum ebenso wie in der Kulturpolitik des Landes Berlin um das Ziel einer Kultur für alle geht.“ Freier Eintritt müsse allerdings auch finanzierbar sein, mahnte Müller.

Vorab ist bereits eine erste Ausstellung zu sehen. In der Humboldt-Box neben dem noch unfertigen Neubau läuft bis zum 26. Februar die Ausstellung „Extreme! Natur und Kultur am Humboldtstrom“. **BS □**

Arbeitsmarkt:

Coaching für den Job

Unterstützung für Langzeitarbeitslose

Berlins Wirtschaft wächst weiter, die Arbeitslosigkeit ist auf dem niedrigsten Stand seit 25 Jahren.

Im Oktober sank die Arbeitslosenquote auf 9,2 Prozent, gleichzeitig stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Jobs in diesem Sommer auf rund 1,37 Millionen. Das ist eine Zunahme um 3,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Von der Entwicklung profitieren auch Arbeitslose, die schon längere Zeit einen Job suchen. Für sie gibt es ein spezielles Programm, das „Berliner Jobcoaching“, das sich der Senat 12 Millionen Euro im Jahr kosten lässt. Es verbindet die Teilnahme an einer Beschäftigungsmaßnahme mit einer Intensivberatung und einem arbeitsmarktorientierten Coaching. 222 Jobcoaches haben innerhalb eines Jahres knapp

9.000 interessierte Teilnehmerinnen und Teilnehmer betreut. In durchschnittlich 17% aller Fälle ist die Arbeitsmarktintegration innerhalb eines Monats nach Ende des Coachingprozesses gelungen. Ohne Jobcoaching liegt die Erfolgsquote nur bei 8 Prozent. „Ziel ist nicht die schnelle Integration dieser Menschen im ersten Arbeitsmarkt, sondern eine nachhaltige“, sagt Berlins Arbeitssenatorin Dilek Kolat.

Für Langzeitarbeitslose müsse man sich Zeit nehmen, stellt die Senatorin fest und empfiehlt das Konzept auch auf Bundesebene. Eine individuelle Betreuung brauche mehr Zeit, sie sei aber auch erfolgversprechender. So würden beispielsweise Suchprobleme und andere Einstellungshindernisse angepackt. Das Konzept soll 2017 fortgeführt werden. **BS □**

FRAKTION INTERN

Verleihung des Sozialistenhutes. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Raed Saleh hat als Vorjahrespreisträger die Laudatio auf den diesjährigen Sozialistenhutträger ge-



Raed Saleh, Leo Wiedemann und Ralf Stegner.

Foto: Frenzel

halten. Ausgezeichnet wurde sein Amtskollege im Landtag Schleswig-Holstein, Ralf Stegner. Die Ehrung findet traditionell in Lindenberg im Allgäu statt. Saleh betonte in seiner Rede: „Ralf Stegner ist einer, bei dem die Leute sich nie fragen müssen, in welcher Partei er ist - denn er ist Sozialdemokrat in allem, was er sagt und tut“. Mit dem Sozialistenhut werden Frauen und Männer geehrt, die ihrer Gesellschaft und Partei vorausdenken und gegen den Strom schwimmen. Frühere Preisträger waren unter anderem Hans-Jochen Vogel, Regine Hildebrandt und Ottmar Schreiner. Die Auszeichnung wird seit 1986 vom SPD-Kreisverband Lindau verliehen. Hintergrund ist die Erinnerung an die Bayerischen Sozialdemokraten während der Zeit der Sozialistengesetze 1878-1890. Ihr Erkennungszeichen war ein schwarzer breitkrempiger Hut.

Abgeordnetenhaus konstituiert. Die SPD-Abgeordnete Bruni Wildenhein-Lauterbach hat am 27. Oktober als Alterspräsidentin die konstituierende Parlamentssitzung eröffnet. Es war seit 1951 das zweite Mal, dass diese Aufgabe von einer Frau wahrgenommen wurde. In ihrer Eröffnungsrede wies Wildenhein-Lauterbach auf die zunehmende soziale Spaltung der Gesellschaft hin. Sie appellierte an die Abgeordneten, mit ihren Entscheidungen auch Chancen und Möglichkeiten für die Menschen zu eröffnen, die sich in der wachsenden Stadt zunehmend abgehängt fühlen. Sie betonte: „Dies schaffen wir jedoch nicht mit einer Politik, die mit scheinbar einfachen Lösungen die Gunst der Berlinerinnen und Berliner zu gewinnen sucht. Berlin ist eine weltoffene Metropole, die wir als Chance begreifen sollten. Wer in der Vergangenheit verharrt und den Wandel ignoriert, der wird die Zukunft verlieren. Darum wünsche ich mir ein Parlament, welches unsere Stadt so gestalten wird, dass sich alle Menschen, die hier leben, wohlfühlen.“ **cs/hh** □

„Wahrnehmbar weiblich“

SPDqueer: Neuer Name, neuer Vorstand

Die Berliner Sozialdemokratin Petra Nowacki ist neue Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Lesben und Schwulen in der SPD (Schwusos). Zugleich benannte sich die AG nach zwei Jahren intensiver Diskussion in „AG Akzeptanz und Gleichstellung“ um. Die Kurzform der AG wird SPDqueer sein. Der Parteivorstand der SPD muss dem neuen Namen der AG noch zustimmen.

Für die Berliner SPD gratulierte der Landesvorsitzende Michael Müller, Petra Nowacki zu ihrem neuen Amt: „Sie wird das unermüdliche Engagement ihres Vorgängers Ansgar Dittmar fortführen. Gerade in diesen Zeiten, in denen Rechtspopulismus und Hass immer mehr Zulauf erfahren, ist es umso wichtiger, jeden Tag aufs Neue gegen Homophobie und für die Gleichstellung von Menschen unabhängig vom Geschlecht, Herkunft und ihrer sexuellen Orientierung zu kämpfen. Wir freuen uns, dass mit Petra Nowacki nun eine Sozialdemokratin aus Berlin die Arbeitsgemeinschaft der Lesben und Schwulen in der SPD anführt.“ Mit dem aus Mitte kommenden Martin Schöpe wurde ein weiteres Berliner Mitglied in den Bundesvorstand gewählt.

Petra Nowacki, geboren 1965, war zuvor bereits vier Jahre lang stellvertretende Bundesvorsitzende der Schwusos. Mit ihrer Wahl zur neuen Bundesvorsitzenden



Neue Bundesvorsitzende der AG SPDqueer: Petra Nowacki. Foto: SPDqueer

tritt sie die Nachfolge von Ansgar Dittmar an, der nach acht Jahren im Amt nicht erneut kandidiert hatte. Mit ihrer Kandidatur, so Petra Nowacki, wolle sie auch einen Beitrag dazu leisten, dass die Schwusos wahrnehmbare weibliche Gesichter haben. „Ich freue mich, von der Bundeskonferenz mit dieser wichtigen Aufgabe betraut worden zu sein“, sagt sie nach der Wahl. „Jetzt geht es darum, dass wir uns klar gegen Rechtspopulismus und Hass positionieren. Wir müssen das Vertrauen der Community in die Queerpolitik der SPD stärken und gemeinsam für die Eheöffnung, für die Rehabilitierung der Opfer des §175 und für bessere Rahmenbedingungen für Regenbogenfamilien kämpfen.“ **PM** □

NOTIZEN AUS DER BERLINER SPD

Brandanschlag. Auf das Fahrzeug der Geschäftsführerin des Anton-Schmaus-Hauses der Falken Neukölln wurde in der Nacht vom 14. zum 15. Oktober in Rudow ein Brandanschlag verübt. Das Landeskriminalamt Berlin hat das Fahrzeug zu Spurensicherung sichergestellt und die Ermittlungen übernommen. Der Landesvorsitzende der SPD Berlin, Michael Müller, verurteilte den Anschlag: „Diesen feigen Brandanschlag verurteile ich zutiefst. Die Neuköllner Falken leisten eine wichtige und wertvolle demokratische Kinder- und Jugendarbeit. Umso mehr erschüttert es, dass diese Arbeit immer wieder mit Angriffen torpediert wird. Die Neuköllner Falken haben bereits mehrfach zeigen müssen, dass sie sich von solchen Angriffen nicht einschüchtern lassen, sondern im Gegenteil rechte Hetze und Gewalt gegen die Falken zum Ansporn ihrer Arbeit nehmen.“

Fachausschuss Mobilität. Der Fachausschuss Mobilität hat Sybille Uken als Vorsitzende bestätigt. Stellvertreter sind Werner

Faber, Holger Kölling-Orb, Dr. Jürgen Murrach, Roland Schröder. Den Fachausschuss Mobilität gibt es seit 1989. Seine Wurzeln liegen in der Zeit der ersten rot-grünen Koalition. Der damalige Regierungswechsel bedeutete einen mobilitätspolitischen Aufbruch für die Stadt, verbunden mit der Einführung der übertragbaren Umweltkarte für das damalige BVG-Netz, Preis: 60 DM monatlich. Busse und U-Bahnen bekamen einen guten Grundtakt, das Busspurprogramm wurde eingeführt. Seitdem hat die SPD als Regierungspartei in Mobilitätsfragen für die Hauptstadtregion Berlin viel bewegt, nicht zuletzt durch Anregungen, Anträge und Aktionen des Fachausschusses. Hier sei als Beispiel die „Fahrradstrategie“ von 2004/2005 genannt.

Fachausschuss Internationales. Als Sprecher wurde Karl-Heinz Niedermeyer bestätigt, stellvertretende Vorsitzende sind Andrea Despot, Daniel Krahl und Peter Lehrmann, Schriftführerin ist Claudia Schmidt. **BS** □

Aus den Defiziten Konsequenzen ziehen

Mark Rackles zum Bericht der AG Wahlanalyse

„Noch so ein Sieg und wir sind verloren“, mit dieser pointierten (antiken) Kurzanalyse startet der Bericht der AG Wahlanalyse, die der Landesvorstand am Tag nach der Wahl auf Vorschlag des GLV einstimmig eingesetzt hat. Die Ambivalenz des Wahlergebnisses (quantitativ reicht's zur Regierungsbildung, qualitativ eine starke negative Verschiebung) war Ausgangspunkt und Dauerthema in den Beratungen der sechs beauftragten GenossInnen.

Innerhalb von knapp vier Wochen wurde in einem sehr intensiven Austausch untereinander und mit Gesprächspartnern wie Michael Müller und Raed Saleh ein Bericht mit 33 diskussionsleitenden Thesen entwickelt. Der Bericht empfiehlt ergänzend zu den Thesen vier kurzfristig begleitende Maßnahmen:

a) die Diskussion in den Gliederungen auf Basis des Berichts aktiv und offensiv führen. Dieser Prozess startete unmittelbar nach der Vorlage des Berichts in der Landesvorstandsklausur und wurde durch zwei thematische Mitgliederforen (siehe Seite 10) verstärkt.

b) Sammlung und Verdichtung der kampagnebezogenen Wahlkampfverfahren (best practice und bad practice) im Hinblick auf den anstehenden Bundestagswahlkampf. Hier ist eine gesonderte AG aktiv geworden und wird eine Vorlage zum nächsten Landesvorstand erstellen.

c) Beauftragung einer wissenschaftlich fundierten, vertiefenden Analyse zu den Berliner AfD-WählerInnen sowie zu den Fokusgruppen neu Zugezogener, bei denen wir als SPD unterdurchschnittlich abschneiden.

Inhaltlich sind die durch die SPD Berlin steuerbaren Defizite m.E. insbesondere in den Bereichen Profil(losigkeit), Glaubwürdigkeit, Koalitionsmanagement und Verwaltungsversagen angesiedelt. Will man aus diesen Defiziten konstruktiv für die Zukunft Konsequenzen ziehen, so könnte man (auch im Lichte der Diskussionen der letzten Wochen) folgende erste Schlussfolgerungen für die eigene Rolle in der anstehenden Koalition ziehen.

PROFILBILDUNG

Deutlicher als in den vergangenen Jahren muss die SPD in Senat und Fraktion eine erkennbare Linie vertreten, die wiederkehrenden und erkennbaren Prinzipien folgt. Die Klammer „soziale Gerechtigkeit“ beschreibt zwar abstrakt die Grundlinie, sie verbindet jedoch alle drei Parteien in einer rot-rot-grünen Koalition und muss von



Mark Rackles ist stellvertretender SPD-Landesvorsitzender. Er leitete die Arbeitsgruppe Wahlanalyse des Landesvorstands.

den jeweiligen Parteien mit den ihnen eigenen Schwerpunkten durchdekliniert und mit alltagsnahen Maßnahmen erfahrbar gemacht werden (zB erschwingliche Mobilitätskarte für die unteren und mittleren Einkommensschichten).

Der Vorteil der SPD besteht im Regierenden Bürgermeister, der die gleichgerichteten Profilbildungen nicht gegeneinander auflösen muss (wie in der großen Koalition), sondern diese als wichtigster Repräsentant der Gesamtkoalition nach außen vertreten kann.

Eine Konzentration auf das große Ganze, die Außenrepräsentation unter ständiger Wiederholung der profilbildenden Stichworte auf Spitzenebene ist somit ebenso Erfolgsfaktor für die anstehende Koalition wie eine klare Rollenteilung, die allen Koalitionspartnern Raum für politische Erfolge lässt und so einen kleinteiligen und alltäglichen Kampf um mediale Raumgewinne der Einzelakteure vermeidet.

Eine besondere Herausforderung besteht in der Abgrenzung zur Opposition aus CDU & AfD sowie die Ansprache und Erschließung jener 48% der WählerInnen, die sich nicht in der neuen Koalition reprä-

sentiert fühlen. Es muss Aufgabe und Selbstverständnis der gesamten Koalition sein, dass dieses Wählerklientel bei der politischen Arbeit mitgedacht wird, was etwa bei Fragen der Inneren Sicherheit unmittelbar durchschlägt.

GLAUBWÜRDIGKEIT

Wenn es richtig ist, dass wir primär ein Glaubwürdigkeitsproblem haben, dann muss eine zentrale Richtschnur der SPD und der SPD-geführten Koalition das „Liefen“ sein: die Regierung muss wieder liefern, was die BürgerInnen zur Recht erwarten: funktionsfähige Bürgerämter, sanierte Schulen, nutzbare Sporthallen, vernünftig untergebrachte Flüchtlinge etc.

Es wird erfolgskritisch sein, dass die Koalition sehr genau definiert, was wann erreicht werden soll und dies auch eingehalten wird. Notfalls muss man sich eine eigene Instanz gönnen, die im Sinne „guter Verwaltung“ und „gutem Regieren“ wirkt. Michael Müller ist mit seinem anerkannten Profil dann im Sinne der SPD wirksam, wenn die Probleme glaubwürdig definiert werden (ggf. auch nachvollziehbar gesagt wird, was nicht sofort angegangen wird) und dann auch abgearbeitet werden.

Eine besondere Bedeutung spielt hierbei eine glaubwürdige und wahrnehmbare Abkehr von der Einsparungspolitik, die nachhaltig als „Kürzungspolitik“ und nicht als die (durchaus begründbare) Konsolidierungspolitik wahrgenommen wurde. Hier geht es nicht um ein „entweder oder“ sondern um eine substantielle Akzentverschiebung, mit der zwar weitere Schulden maßvoll getilgt werden, im Schwerpunkt jedoch die Anforderungen der wachsenden Stadt durch ein Jahrzehnt der Investitionen und eine Offensive zu guter Arbeit erfüllt werden.

GROSSE HERAUSFORDERUNGEN, GROSSE CHANCEN

Alles in allem sind die Herausforderungen groß, zugleich aber die Chancen in einer neu aufgestellten und politisch gleichgerichteten Koalition groß.

Nach den letzten Wochen, in denen die SPD Berlin bewiesen hat, dass sie selbstbewusst und kraftvoll genug ist, um parallel zu den Sondierungsgesprächen eine ehrliche und selbstkritische Wahlanalyse vorzunehmen, besteht begründete Hoffnung, dass wir als Partei, Senat und Fraktion die Chance nicht vergeben und die nächsten fünf Jahre im Sinne Berlins gestalten.

Mark Rackles □

Wahlanalyse

Gut vier Stunden lang hat der SPD-Landesvorstand am 11. Oktober über den Ergebnisbericht der AG Wahlanalyse diskutiert (siehe BS 21/22). Inzwischen hat es in vielen Kreisen Diskussionsrunden gegeben. Der Bericht steht im Internet zur Verfügung:

<http://www.spd.berlin/w/files/spd-lv/bericht-ag-wahlanalyse.pdf>

„Den Neustart nutzen“

Mitgliederforen zur Wahlanalyse in Karlshorst und Siemensstadt

Ein „weiter so“ werde es nicht geben. Das bekräftigte der stellvertretende Landesvorsitzende Mark Rackles, der die AG Wahlanalyse des SPD-Landesvorstands geleitet hatte, auf den beiden Mitgliederforen der Berliner SPD in der vergangenen Woche.

Rackles stellte zu Beginn der Foren in Karlshorst und Siemensstadt einige Grundthesen aus dem Papier der AG Wahlanalyse vor, der SPD-Landesvorsitzende Michael Müller erläuterte seine Schlussfolgerungen aus dem Ergebnis. In Karlshorst nahmen rund 100 Mitglieder teil, in Siemensstadt gut 200.

Die Glaubwürdigkeit der Politik, das Erscheinungsbild der SPD und die Kompetenz, Probleme zu lösen, spielten bei beiden Veranstaltungen eine wesentliche Rolle. Der stellvertretende SPD-Landesvorsitzende Mark Rackles, der die Arbeitsgruppe Wahlanalyse geleitet hatte, wies darauf hin, dass das vorgelegte Papier eine Vielzahl von Ursachen benenne, aber keine abschließende Position darstelle. „Die Schlussfolgerungen soll die Partei ziehen“, so Rackles. Zudem sollten auch bezirkliche Wahlanalysen erstellt werden. Die offene Diskussion über das Wahlergebnis bezeichnete Rackles als „Zeichen der Stärke einer Partei“.

Die selbstkritische, aber auch sehr differenzierte Analyse fand bei den Mitgliedern in vielen Punkten Zustimmung. Der Neustart in den Koalitionsverhandlungen sei eine Chance für die SPD, so Mark Rackles. Michael Müller wies darauf hin, dass auch in den Koalitionsverhandlungen die Investitionen in die Stadt eine hervorgehobene Rolle spielen. Zwar sei mit Beginn seiner



Auf zwei Mitgliederforen in Karlshorst und Siemensstadt diskutierten Mitglieder der Berliner SPD mit Michael Müller und dem stellvertretenden Landesvorsitzenden Mark Rackles den Wahlausgang und das Papier der AG Wahlanalyse.
Fotos: Ulrich Horb

Amtszeit nach Jahren notwendiger Haushaltskonsolidierung bereits umgesteuert worden, die Ergebnisse seien aber für viele Berlinerinnen und Berliner nicht sichtbar geworden. „Rot-Rot-Grün wird deutlich mehr investieren“, so Müller. In den Koalitionsverhandlungen sei zudem ein anderer Umgang miteinander spürbar geworden.

Zwar wurden in der Diskussion auch Glaubwürdigkeitslücken der SPD beklagt, andererseits habe die SPD in vielen Punkten gehalten, was sie versprochen habe. So ist der Mindestlohn eingeführt, der Mieterschutz ist verbessert worden, in Berlin ist die Arbeitslosigkeit deutlich gesunken. In etlichen Bereichen, etwa beim Ausbau des öffentlichen Dienstes, sei bereits umgesteuert worden, die Ergebnisse seien aber für die Berlinerinnen und Berliner noch nicht sichtbar und erfahrbar geworden.

Michael Müller sprach sich für eine klare Kompetenzaufteilung zwischen Be-



zirk und Land aus, Verantwortlichkeiten dürften nicht hin- und hergeschoben werden. Letztlich sei es für die Bürgerinnen und Bürger gleichgültig, wer zuständig sei - Hauptsache, das Problem werde gelöst, so Müller. In der Umsetzung politischer Projekte müsse man schneller werden.

Um für weibliche Wählerinnen attraktiver zu werden, müsse auch die SPD selbst sichtbar weiblicher werden, merkten Mitglieder an. Das müsse sich auch in Führungspositionen ausdrücken. Angeregt wurde zudem, vor Ort im Kiez stärker Bündnisse mit zivilgesellschaftlichen Gruppen einzugehen. Bei ganz konkreten Problemen vor Ort lohne es sich, mit Kirchengemeinden und Vereinen zusammenzuarbeiten und für entsprechende Verbesserungen zu sorgen.

Die SPD müsse konsequent über die fünf Jahre hinweg Gesprächsangebote machen, so eine der Schlussfolgerungen. Dazu wird es in Bereichen, in denen die SPD nicht mehr direkt mit Abgeordneten vor Ort vertreten ist, Patenschaften anderer Mitglieder der Fraktion geben. Neben dem Kümern um die praktischen kommunalpolitischen Anliegen müsse wieder klarer erkennbar werden, welche Vision die Sozialdemokratie von einer gerechten Gesellschaft habe. Wolfgang Nagel, SPD-Wahlkampfleiter der Jahre 1987 bis 1989, wies darauf hin, dass es wichtig sei, die Kompetenzen der Partei bereits frühzeitig vor der Wahl herauszuarbeiten: „Ich hatte damals zwei Jahre Zeit.“

In künftige Wahlkämpfe müsse die SPD früher und pointierter einsteigen, so eine Schlussfolgerung von Michael Müller. Weitgehend Einigkeit herrschte auch darüber, dass die SPD weiter direkter Ansprechpartner in den Kiezen sein und das Gespräch suchen müsse. Dann sollte es gelingen, auch einen Teil enttäuschter Wählerinnen und Wähler, die diesmal Rechtspopulisten wählten, zurückzuholen. **U.H.** □

„Wir schreiben Zukunft“

Bundes-SPD startete Programmprozess

„Gute Bildung“ kam auf Platz 1, gefolgt von den Forderungen nach „gerechten Renten und sozialer Sicherheit“ sowie nach „Vernunft und Respekt in der Gesellschaft.“ Das war das Ergebnis einer Befragung von Teilnehmerinnen und Teilnehmern auf dem SPD-Zukunftskongress, die über die Wichtigkeit von 20 vorgelegten Thesen abstimmen konnten.

„Wir schreiben Zukunft“ - so lautet das Motto, unter dem Ende Oktober rund 1000 Interessierte ins Willy-Brandt-Haus gekommen waren. 30.000 verfolgten die Veranstaltung im Livestream. Es ging um Bildung, Arbeit, Soziales, Gesundheit, Integration, Familienpolitik, Wirtschaft und um

Europa. Diskutiert wurde in verschiedenen „Sessions“ zum Teil ausgesprochen kontrovers. Eins von vielen Themen war die Rente, wobei der Ausgleich zwischen den Interessen Jüngerer und Älterer eine wesentliche Rolle spielte.

Katarina Barley, Thomas Oppermann und Manuela Schwesig verantworten im SPD-Parteivorstand die Erstellung des Wahlprogramms zur Bundestagswahl 2017. Anfang 2015 hatte der Parteivorstand neben dieser Programmkommission sieben parteiinterne Perspektiv-Arbeitsgruppen eingerichtet. Auch Expertinnen und Experten von Gewerkschaften, Wissenschaft und Fachorganisationen sind beteiligt.

BS □

„Wir müssen stabiler Anker sein“

Swen Schulz über Rot-Rot-Grün im Bund: Eine gemeinsame Herausforderung

Immerhin rund 100 Bundestagsabgeordnete haben sich neulich getroffen, um die Chancen eines rot-rot-grünen Bündnisses auszuloten. CDU und CSU haben „geschimpft wie die Rohrspatzen“. Das trage nicht zur Vertrauensbildung bei. Nun: Ich kann damit leben. Mich fragt ja auch niemand nach meinem Vertrauen in Horst Seehofer.

Das Treffen war ermutigend - und die nächste Runde ist bereits vereinbart. Der Medienrummel war erheblich, die Generalsekretäre der Parteien haben gesprochen, sogar Sigmar Gabriel hat sich blicken lassen. Es tut sich etwas!

Kleiner Rückblick: Als ich 2002 zum ersten Mal in den Deutschen Bundestag gewählt wurde, war die rot-rote Koalition in Berlin gerade ein Jahr im Amt. Und immer wenn ich meinen Fraktionsgenossen sagte, eine Zusammenarbeit mit der damaligen PDS dürfe man nicht zum Tabu erklären, wurde ich für verrückt erklärt.

VERLÄNGERUNG DER GROKO WÜRDTE ALS QUAL EMPFUNDEN

Heute ist der Leidensdruck erheblich und führt zu einer Öffnung in Richtung rot-rot-grün. Sogar Netzwerker und Seeheimer waren dabei! Denn die Gemeinsamkeiten mit der Union sind - soweit sie überhaupt bestanden - weitgehend aufgebraucht. Eine Verlängerung der GroKo würde als Qual empfunden. Hinzu kommt die Bedrohung von rechts, die sich nicht nur in Wahlen, sondern eben auch im „Zeitgeist“ und in Gewalttaten zeigt. Die Große Koalition tut der Demokratie und der Gesellschaft nicht gut. Wir müssen die CDU/CSU wieder in die Opposition bringen!

Nur: Wie schaffen wir das, wenn doch der Trend in eine andere Richtung geht? Dreierlei ist nötig: Wir müssen aufrecht bleiben, dabei auf berechnete Sorgen reagieren und uns nicht den Grünen oder Linken angleichen.

Aufrecht bleiben: Auch die SPD ist nicht davor gefeit, gelegentlich rechts zu blinken, sei es durch die symbolische Verwendung des Begriffs Obergrenze oder die Zustimmung zu immer neuen Vorschlägen der Repression. Wir müssen unmissverständlich auf der Seite derjenigen stehen, die sich diesem Trend widersetzen, müssen dagegenhalten und eine klare Haltung zeigen. Die SPD muss für die Freiheit, für Asyl, für Integration und für die Menschenrechte wirklich eintreten und kämpfen!

Auf berechnete Sorgen reagieren: Das hört man immer wieder. Allzu oft ist das eine Chiffre für Schritte nach rechts. Ande-



Sieht Rot-Rot-Grün im Bund als gemeinsame Herausforderung: der Berliner Bundestagsabgeordnete Swen Schulz. Foto: Büro Schulz

rerseits wissen wir doch um Probleme, die von rechts instrumentalisiert werden. Wir müssen die Probleme von links anpacken und damit den Rechten eine Grundlage für ihre Hetze entziehen. Kinder- und Altersarmut, Ungerechtigkeiten am Arbeitsmarkt, die Ungleichheit der Vermögenskonzentration: Die Debatte ist eben nicht entlang der Linie „Wir Deutsche und die Ausländer“, sondern zwischen oben und unten, arm und reich zu führen.

MIT DER UNION WAR NICHT MEHR DRIN

Wir haben da in den letzten Jahren Regierungsarbeit einiges geschafft. Doch mit der Union war eben nicht mehr drin und das muss deutlicher herausgestellt werden. Mehr noch: Wir müssen mit Konzepten wie etwa der Umverteilung durch gerechte Steuern nach vorne treten.

Zum Thema „berechnete Sorgen“ gehören Anstrengungen zur Integration, was gute Angebote und Chancen sowie Forderungen an Zugewanderte anbetrifft. Wir müssen aber auch damit umgehen und ernst nehmen, dass viele, die weit entfernt davon sind der AfD hinterherzulaufen, zunehmend Probleme mit frauenfeindlichem, aggressivem oder antisemitischem Verhalten von Zugewanderten haben. Da hat gerade die SPD noch einiges an Klärungsbedarf.

Nicht den Grünen oder Linken angleichen: Bei alledem werden wir keine Mehrheit erreichen, wenn wir mit den Linken etwa über die Höhe des Mindestlohnes konkurrieren oder mit den Grünen darüber wer schneller die Energiewende schafft. Wir müssen stabiler Anker sein, diejenigen die garantieren, dass es in der Praxis funktioniert ohne dass die Wirtschaft kollabiert, das Bundesverfassungs-

gericht jede Initiative einkassiert, die Bürger überfordert werden. Eine Aufgabenteilung, ein unterschiedliches Profil ist ganz normal, schließlich sind wir verschiedene Parteien. Sie ist aber auch nötig um zusammen auf die Mehrheit der Stimmen zu kommen.

REFORMMOTOR, ABER MIT AUGENMASS

Darin liegen Tücken. Ich kenne die Argumentation aus den Berliner Koalitionsverhandlungen: Wir dürften nicht Reformbremser, der „rechte“ Teil der Koalition sein. Das ist ebenso richtig wie falsch: Ja, wir müssen Reformmotor sein. Aber das klappt eben nur, wenn Reformen mit Augenmaß tatsächlich umgesetzt werden können. Darum müssen gerade bei einem rot-rot-grünen Projekt zwingend diejenigen an Bord sein, denen man üblicherweise eher Nähe zur Wirtschaft nachsagt. Oder anders formuliert: Ralf Stegner ist wichtig, aber Olaf Scholz gehört ebenso dazu.

Das wird natürlich nicht einfach. Widerstände gibt es in allen drei Parteien. 100 Abgeordnete reichen nicht aus. Und manchmal werde ich sehr pessimistisch, wenn ich manche Vertreter höre - da wollen einige „ums Verrecken nicht“ koalieren.

Wenn alle guten Willen zeigen, wäre das aber auch inhaltlich machbar. Selbst die Außenpolitik würde gehen: Die Linke muss nicht auf einem NATO-Austritt bestehen und UN-Mandate grundsätzlich ablehnen. Diese Entwicklung haben sogar die eigentlich pazifistischen Grünen vollzogen. Aber wir könnten ebenso einen Schritt auf die Linke zugehen und unsere Zustimmungen zu dem einen oder anderen Auslandseinsatz überdenken.

VOR DER BUNDESTAGSWAHL ZEICHEN SETZEN

Gemeinsame rot-rot-grüne Projekte gäbe es genügend, von der Bürgerversicherung über eine sozial und ökonomisch funktionierende Energiewende bis zu einer gerechten Steuerreform. Und das Schöne ist: Wir könnten bereits vor den Bundestagswahlen Zeichen setzen, etwa bei der gemeinsamen Wahl eines Bundespräsidenten - oder einer Bundespräsidentin.

Und schließlich habe ich noch einen letzten, dringenden Wunsch für diese Legislaturperiode: Ich will, dass wir die „Ehe für alle“ noch vor den Wahlen im Bundestag abstimmen. Die Mehrheit dürfte uns sicher sein!

Swen Schulz □

Bundesteilhabegesetz:

Verbesserungen inklusive

Mehr Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe für Menschen mit Behinderung

Unsere gesamte Gesellschaft muss einen Perspektivwechsel vollziehen: Menschen mit Behinderung wollen nicht mehr aus der Fürsorgeperspektive behandelt werden, sondern selbstbestimmt leben und an der Gesellschaft umfassend teilhaben. Das ist das erklärte Ziel des Bundesteilhabegesetz (BTHG). Die Lebenssituation von rund 16,8 Mio. Menschen mit (drohenden) Behinderungen und rund 7,5 Mio. Menschen mit Schwerbehinderungen sollen verbessert werden. Wir wollen einen weiteren Meilenstein auf dem Weg hin zu einer inklusiven Gesellschaft setzen.

Bisher ist die Eingliederungshilfe in den einzelnen Bundesländern geregelt und fällt entsprechend unterschiedlich aus. Das BTHG ist daher eine der großen sozialpolitischen Reformen dieser Legislatur, auch wenn derzeit im Deutschen Bundestag und in der Öffentlichkeit heftig darum gestritten wird.

Ich begrüße es, dass sich Menschen mit Behinderung in ihrer Vielfalt aktiv einmischen - wann sonst, wenn nicht jetzt. Deswegen habe ich stellvertretend für die Abgeordneten des Bundestages die 6 Hauptforderungen der Fachverbände entgegengenommen. 3.000 Menschen mit und ohne Behinderung hatten am 7. November unter dem Motto „Teilhabe - jetzt erst Recht!“ demonstriert. Anlass war die Anhörung der Sachverständigen im Bundestag zum BTHG. Eine weitere Demonstration fand am Brandenburger Tor statt. Hier wurden 150.000 Unterschriften an den Bundestag übergeben, um für Verbesserungen am BTHG zu werben.

Die Vielfalt der Menschen mit und ohne Behinderungen führt allerdings auch dazu, dass die Vorteile, die das BTHG für eine der vielfältigen Gruppen von Menschen mit Behinderungen bringt, von den anderen nicht gleich intensiv gesehen werden. Als Abgeordnete stehen wir vor der Aufgabe, für möglichst viele Menschen die Chancen für ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen - auch wenn nicht jeder Mensch von allem gleich profitiert.

PARTIZIPATIVER
ENTSTEHUNGSPROZESS

Dem Gesetzentwurf ging ein achtmonatiger vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales organisierter partizipativer Prozess voraus. Viele Bedenkenrätinnen hatten Bundessozialministerin Andrea Nahles vor diesem Schritt der aktiven Be-



Das Gespräch gesucht: Veranstaltung der SPD-Bundestagsfraktion mit Eva Högl und Mechthild Rawert zum Bundesteilhabegesetz.

teiligung mit Betroffenen und Verbänden im Vorfeld des Gesetzentwurf gewarnt: Es würden Erwartungen geweckt, die nicht alle zu erfüllen sind. Andreas Nahles hat richtig gehandelt. Ein Bundesteilhabegesetz, das den Anforderungen der UN-Behindertenrechtskonvention entsprechen will, muss der Glaubwürdigkeit wegen die zentrale Forderung „Nichts ohne uns über uns“ einlösen. Die gemeinsamen Debatten zeigen Wirkung: Bereits im Gesetzgebungsprozess wurden zahlreiche Verbesserungen erreicht, z.B. bei der Anrechnung von Einkommen und Vermögen.

VERTRAUEN AUFBAUEN -
FINANZIERUNG SICHERN

Im Koalitionsvertrag wurde als ein Ziel des BTHG ausgegeben, dass die Ausgaben- dynamik in der Eingliederungshilfe zu bremsen ist. Das hat das Misstrauen der Menschen mit Behinderungen, der vielen Selbstvertretungsorganisationen und Fachverbände gegenüber dem BTHG geschürt. Sie fühlen sich als „Sparschweine der Nation“ und befürchten Leistungskürzungen zu Lasten ihrer individuellen Selbstbestimmung und gesellschaftlichen Teilhabe. Dieses kann ich nachvollziehen. Nach einer im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales in Auftrag gegebenen Studie würden sich die Ausgaben unter Beibehaltung des Status Quo bis 2020 voraussichtlich um weitere rund fünf Mrd. Euro erhöhen. Wesentliche Ursache

für den Ausgabenanstieg ist die weiterhin zunehmende Anzahl von der Leistungsbe- rechtigten.

VERÄNDERUNGSWÜNSCHE
VORGEBRACHT

Viele Selbstvertretungsinitiativen und Fachverbände glauben, dass das BTHG zu zahlreichen Verschlechterungen führen wird. Sie befürchten, dass Menschen mit Behinderung aufgrund zu hoher Hürden aus dem Unterstützungssystem fallen, aufgrund der neuen Definition des Behinderungsbegriffs. Pflegebedürftige Menschen mit Behinderung könnten vorschnell in Pflegeeinrichtungen „verschoben“ werden, weil diese billiger als eine Behinderteneinrichtung seien. Menschen mit Behinderung würden weniger Unterstützung, wie z.B. persönliche Assistenzen, erhalten. Eine weitere Befürchtung ist die Einschränkung in ihrem Wunsch- und Wahlrecht bei der Wahl ihres Wohn- und Lebensortes. Leistungserbringer tragen vor, dass ihre Unterstützungslösungen nicht bedarfsgerecht finanziert würden. Zur anderen Seite der Medaille gehört aber auch, dass hingegen die kommunalen Spitzenverbände den Gesetzentwurf kritisch sehen, weil sie steigende Ausgaben befürchten.

Als Berichterstatterin für das Pflege- stärkungsgesetz III bin ich mich mit der Regelung der Schnittstelle zwischen Bundesteilhabegesetz und der Pflegeversicherung befasst, insbesondere mit der Hilfe zur Pflege, einer Sozialhilfeleistung. Daher kämpfe ich unter anderem - entgegen der im Gesetzentwurf beschriebenen Vorrangregelung der Leistungen der Pflegeversicherung zu Leistungen der Eingliederungshilfe - für den Erhalt der Gleichrangigkeit der beitragsfinanzierten Pflegeleistungen und der steuerfinanzierten Leistungen der Eingliederungshilfe. Und es muss sichergestellt werden, dass es keine Verschlechterungen geben wird.

In der Anhörung wurde von Seiten der Sachverständigen und Verbände nicht nur Kritik geübt, sondern vor allem eine Reihe an konstruktiven Lösungsvorschlägen unterbreitet, die jetzt in die parlamentarische Beratung fließen.

Sicher ist jetzt schon, dass das Strucksche Gesetz, nach dem kein Gesetz den Bundestag so verlässt, wie es hereingekommen ist, auch beim BTHG zum Tragen kommt.

Mechthild Rawert □

➡ Nächste Ausgabe: das Bundesteilhabegesetz und die Veränderungen im parlamentarischen Prozess

Biographie:

„Meister der Tondokumentation“

Manfred Rexin hat Zeitgeschichte lebendig werden lassen

„Journalismus als Beruf, als Berufung, das war und ist Ihre selbstgewählte Lebensbestimmung“, stellte Nils Diederich bei der Verleihung der Ehrendoktorwürde der Freien Universität an Manfred Rexin 1999 fest. Dabei sei Rexins journalistisches Credo „in rationaler Aufklärung, in der wissenschaftlich fundierten, dem Grundgesetz und den Menschenrechten verpflichteten Argumentation“ gegründet gewesen.

Manfred Rexin, 1935 in Danzig geboren, hat im Journalismus Maßstäbe gesetzt. Zugleich habe er, so würdigte es Hans-Jochen Vogel 1999, seine „journalistischen Fähigkeiten in beispielhafter Weise in den Dienst der Zeitgeschichte gestellt“: „Auf dem Gebiet der Tondokumentation, unter Verwendung von schwer zugänglichen Originalaufnahmen, darf man ihn getrost als einen Pionier bezeichnen, der es im Laufe der Zeit in diesem Metier zur Meisterschaft gebracht hat.“ Zu den wichtigen Arbeiten Rexins gehören die 25 Folgen der Reihe „Regime unter dem Hakenkreuz“ oder die Tondokumentation über die SPD-Funktionärskonferenz am 1. März 1946 im Berliner Admiralspalast, auf der sich Franz Neumann und Otto Grotewohl ein Rededuell zur geplanten Vereinigung von SPD und KPD lieferten.

Seine ersten journalistischen Erfahrungen sammelte Manfred Rexin als Schülerzeitungsredakteur, er war Mitbegründer des Dachverbandes „Junge Presse“. Zunächst studierte er an der Universität Bonn Volkswirtschaft, Soziologie und Poli-



Treffen im ehemaligen Franz-Neumann-Archiv: Manfred Rexin (l., sitzend) und Siegfried Heimann.

tologie, wechselte dann zum Sommersemester 1957 an die FU Berlin. Er engagierte sich im SDS und war 1959 Sprecher des Kongresses gegen Atomrüstung. In den sechziger Jahren war er Mitglied des Landesvorstands der „Falken“. 1966-69 führt er als Mitglied des Bundesvorstands der „Falken“ erste Gespräche mit dem Zentralrat der FDJ.

Als freier Journalist arbeitete er für verschiedene Zeitschriften und Hörfunksender, nebenbei blieb er gesellschaftspolitisch aktiv, etwa als Mitbegründer des Republikanischen Clubs 1967. 1970 begann er seine Arbeit für das ZDF, produzierte deutschlandpolitische Beiträge u.a. für die Sendung „Kennzeichen D“. 1978 wurde er Redaktionsleiter des Bildungsprogramms beim Rundfunksender RIAS Berlin und ab 1989 Chef der Hauptabteilung Kultur und Zeitgeschichte des RIAS, der zum Jahresbeginn 1994 im Deutschlandradio Berlin aufging. Manfred Rexin ging 1994 in einen produkti-

ven Ruhestand, verfasste zahlreiche Bücher und Broschüren zur Berliner Geschichte und zur Arbeiterbewegung. 2002 veröffentlichte er die „Radio-Reminiszenzen. Erinnerungen an RIAS Berlin“, in denen er und viele ehemalige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein spannendes Kapitel Berliner Mediengeschichte erzählten.

„Rexin wurde zu einem der wichtigen Chronisten seiner Zeit“, stellte Nils Diederich fest. „Insbesondere die Auseinandersetzung mit den großen Diktaturen dieses Jahrhunderts prägten die Themen seiner ungezählten Aufsätze und Artikel in wissenschaftlichen und anderen Zeitschriften, seine Rundfunksendungen und nicht zuletzt seine Vorträge bis hin zu Lehrveranstaltungen an der Freien Universität.“

Wesentlichen Anteil hat Manfred Rexin an der Erforschung der Nachkriegsgeschichte der Berliner SPD. Er war langjähriger Vorsitzender der Historischen Kommission der Berliner SPD, ist weiter ihr Mitglied und hat das inzwischen aufgelöste Franz-Neumann-Archiv mitbegründet, das die Dokumente des langjährigen Berliner SPD-Landesvorsitzenden bewahrt. Inzwischen ist ein Großteil der Dokumente im Landesarchiv.

„Das Gesamtwerk ist eine beeindruckende, wissenschaftlich fundierte und abgerundete Lebensleistung“, stellte Nils Diederich schon 1999 fest. „Rexin ist als Chronist zeitnah, politisch herausfordernd und zugleich nach Wahrheit suchend, in seiner Analyse immer engagiert, aber ohne plumpe Parteilichkeit.“ Gesundheitliche Probleme haben ihn zuletzt in seiner Arbeit stark eingeschränkt. **U. H. □**

Gedenken an die Opfer des Zweiten Weltkrieges

Berliner Sozialdemokraten bei einer Gedenkveranstaltung in Neumark

Der November ist in vielen Familien die Zeit des Gedenkens an Verstorbene, in der Gesellschaft wird der Opfer von Gewaltherrschaft und Krieg gedacht.

Auf der Deutschen Kriegsgräberstätte Neumark (Stare Czarnogo) südlich von Szczecin (Stettin) fand am 22. Oktober eine Gedenkveranstaltung mit ca. 400 Besucherinnen und Besuchern statt. Diesmal gehörte zur Zeremonie des Ablaufes - Grußworte von W. Wieland (Vorstand VDK), Gedenkansprache von Dr. B. Fabritius (Vors. Bund der Vertriebenen), Kurzpredigten, Musikstücke sowie Kranzniederlegungen - auch die Einbettung etwa 300 deutscher Kriegstoter.

Die Aktivitäten des AK Polen der Berliner SPD belebend, fuhren auch drei Vertreter



Reinhard Jungmann, Peter Mohnke SPD Birkenwerder und Stanislaw Baran, „SprachCafe Polnisch e.V.“ an der Kriegsgräberstätte Neumark.

des Arbeitskreises dorthin und legten einen Rosenstrauß mit roter Schleife und der Aufschrift „Freiheit, Demokratie, Frieden“ - „Sozialdemokraten aus Berlin“ (in polni-

scher Sprache) am großen marmornen Gedenkkreuz nieder. Auch weitere Sozialdemokraten waren unter den vielen Gästen, so etwa der Landesvorsitzende des VDK von Berlin und Neuköllner Bundestagsabgeordnete Fritz Felgentreu.

Der Veranstalter, der Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge (VDK), lud die Teilnehmer zu einem Empfang in das neu aufgebaute Schloss in Glinna, am Ort der Gedenkstätte, ein. Das Erleben dieses gut beheizten, neu erbauten ehemaligen Gutshauses von Glin - ein kulturelles Kleinod im neoklassischen Stil - war eine Entschädigung für alle, die während der Gedenkveranstaltung bei kühler Temperatur aber doch im regengeschützten Zelt ausharrten.

Reinhard Jungmann □

Aus Datenschutzgründen nicht in der Internetversion enthalten

Historische Kommission:

Die Arbeiterbewegung im Jahr 1916

In ihrer Reihe zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung beschäftigt sich die Historische Kommission der Berliner SPD am 24. November, um hundert Jahre zeitversetzt, vor allem mit den Ereignissen des Jahres 1916.

Das beinhaltet das Anwachsen der Parteiopposition, die Formierung der Spartakusgruppe, die Spaltung der Reichstagsfraktion, die Bildung der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, die Antikriegsdemonstration auf dem Potsdamer Platz am 1. Mai 1916, die Neuwahl des Berliner Bezirksvorstandes und den Kampf um den „Vorwärts“.

Diskussionspartner/innen sind Dr. Ingrid Fricke, Biografin von Franz Künstler (1888-1942, vor 1933 Vorsitzender der Berliner SPD und Mitglied des Reichstages), Dr. Siegfried Heimann (zahlreiche Veröffentlichungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, u.a. die Bände zur politischen Geschichte des ehemaligen Preußischen Landtages), Ottokar Luban (Sekretär der Rosa-Luxemburg-Gesellschaft, zahlreiche Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, darunter „Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept. Ihre Kritik an Lenin und ihr politisches Wirken 1913 - 1919“) und Dr. Manfred Scharrer (zahlreiche Veröffentlichungen zur Geschichte der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, darunter das Buch „Die Legende von Rosa & Karl“). Die Moderation hat Dr. Heinrich-W. Wörmann, Vorsitzender der Historischen Kommission der Berliner SPD. **PM □**

➡ Donnerstag, 24. November 2016 um 19.00 Uhr im Willy-Brandt-Haus, Raum 138, Wilhelmstr. 140, 10969 Berlin

Forum Ostdeutschland:

(Un)sichtbares Erbe?

Das „Forum Ostdeutschland der Sozialdemokratie“, die Friedrich-Ebert-Stiftung und die Perspektive³ laden zur Veranstaltung „(Un)Sichtbares Erbe?“ ein.

Das Buch „Wie war das für Euch?“, das bei dieser Veranstaltung vorgestellt und diskutiert werden soll, versammelt vielfältige Perspektiven auf den Dialog der Generationen und enthält Anregungen zum Nachdenken über einen gelingenden Austausch zu den Umbruchs- und Transformationserfahrungen in Ostdeutschland. Familienministerin Manuela Schwesig diskutiert mit den Herausgeber/innen, einigen Projektbeteiligten sowie Gästen.

➡ 15.11.2016, 19.30 Uhr, In den Spreewerkstätten, Am Krögel 2, 10179 Berlin, Anmeldung: forum.aj@fes.de

„Fels in der Brandung“

AWO verlieh Heinrich-Albertz-Friedenspreis an Martin Schulz

Mit der Verleihung des Heinrich-Albertz-Friedenspreises hat der Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt (AWO) das Wirken und Handeln von Martin Schulz gewürdigt.

„Diese Auszeichnung bedeutet die höchste Anerkennung der AWO für einen großen Einsatz für die europäische Idee, die Schaffung einer europäischen Identität und die Stärkung gemeinsamer Interessen in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik“, sagte AWO Präsident Wilhelm Schmidt bei der Preisverleihung im Wappensaal des Roten Rathauses. „Martin Schulz zeichnet sein kraftvoller, energischer und manchmal auch unbequemer Einsatz gegen die Betonung von Partikularinteressen, gegen Rassismus, rücksichtslosen Populismus und Rechtsextremismus in Politik und Gesellschaft in besonderem Maße aus.“ Verliehen wird die Auszeichnung seit 1999.

Die Laudatio auf Martin Schulz hielt der Altkanzler und Heinrich-Albertz-Friedenspreisträger von 2005 Gerhard Schröder. „Martin Schulz ist ein großer Europäer“, so Schröder. „Er gehört zu denen, die in der Öffentlichkeit mit ganzer Kraft für das europäische Projekt eintreten. Unbeirrt trotz er den Anfeindungen, denen sich die Europäische Union und das Europäische Par-

lament ausgesetzt sehen – und natürlich auch der Parlamentspräsident und der Mensch Martin Schulz. Er ist der Fels in der Brandung, wenn es darum geht, Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Freiheit im europäischen Rahmen zu verteidigen. Er agiert dabei leidenschaftlich, scharfzüngig und selbstbewusst. Bei seinem Antritt als Präsident des Europäischen Parlaments im Jahr 2012 hat Martin Schulz sehr deutlich gemacht, dass er die demokratische Legitimität der politischen Entscheidungen stärken will. Letztlich steht damit die Frage im Raum, wann wir auf europäischer Ebene endlich eine Gleichberechtigung der drei Institutionen Parlament, Kommission und Rat erreichen. Der Anspruch von Martin Schulz ist eine Europäische Union, die demokratisch verfasst ist und dadurch verloren gegangenes Vertrauen wieder zurückerlangt.“

AWO Präsident Schmidt erklärte: „Martin Schulz lebt in seinem politischen und persönlichen Einsatz die Werte der AWO: Gerechtigkeit, Freiheit, Gleichheit, Toleranz und Solidarität. Die Werte, die wir demnächst hier in Berlin in einem Denkmal für unsere Gründerin Marie Juchacz auch „in Stahl gemeißelt“ für alle Zeiten öffentlich sichtbar machen werden.“ **BS** □

030-701 78 034 oder per Email unter info@joerg-stroedter.de gebeten. Bürgerbüro, Waidmannsluster Damm 149, 13469 Berlin

■ 23.11.2016 17:00 - 18:00, **Karin Halsch, MDA Lichtenberg, Bürgersprechstunde**, Bürgerbüro Am Berl 13, 13051 Berlin

■ 24.11.2016, Historische Kommission der Berliner SPD, **Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung: das Jahr 1916**, Willy-Brandt-Haus, Raum 138, Wilhelmstr. 140, 10969 Berlin

■ 25.11.2016 13:00 - 14:00, **Ralf Wieland, MDA, Sprechstunde**, Bürgerbüro am Gesundbrunnen, Behmstr. 11, 1335 Berlin

■ 25.11.2016 19:00, Fachausschuss Internationales zum **Ausgang der Wahlen in den USA, mit Karsten Voigt**, ehem. Koordinator der deutsch-amerikanischen Beziehungen, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 320, Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin

■ 30.11.2016 17:00 - 18:00, **Karin Halsch, MDA Sprechstunde** büro Am Berl 13, 13051 Berlin

■ 01.12.2016 18:00 - 19:00, **Frank Jahnke, MDA Charlottenburg, Bürgersprechstunde**, Bürgerbüro Goethe15, Goethestraße 15, 10625 Berlin

■ 03.12.2016 10:00, **AG Migration und Vielfalt, Landesdelegiertenkonferenz**, Rathaus Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin

■ Alle Termine im Internet: www.spd.berlin/termine

SPD vor Ort:

Sicherheit in Moabit

Die SPD-Abteilungen Moabit-Nord, Alt-Moabit und Bellevue laden alle BürgerInnen recht herzlich zu einer Veranstaltung zum Thema „Sicherheit im Kleinen Tiergarten“ mit Thomas Isenberg (MDA), Karl Bösel (Präventionsbeauftragter der Berliner Polizei für Moabit) und Ronald Mikkeleitis (Leiter des Fachbereichs Außendienst im Ordnungsamt Mitte und Dozent an der VAK Berlin für Sicherheitsseminare) ein. Die Veranstaltung findet am Montag, 14. November ab 19:00 Uhr im Rathaus Tiergarten (Balkonsaal), Mathilde-Jakob-Platz 1, 10551 Berlin, statt. **BS** □

Forum Netzpolitik:

Datenpolitik

Wie sieht eine sozialdemokratische Datenpolitik aus? Dieser Frage geht das Forum Netzpolitik der Berliner SPD am 16. November um 19 Uhr in der Factory (Rheinsberger Straße 76) nach.

Nachdem die letzten beiden Sitzungen den Themen Scoring und Algorithmen gewidmet waren, soll nun mit einem Papier zu sozialdemokratischer Datenpolitik begonnen werden. Geplant sind ein kleiner Workshop, um Themen zu identifizieren und erste Positionierungen vorzunehmen, bevor es dann in die richtige Textarbeit übergeht. **BS** □

T ERMINEN

■ 12.11.2016 10:00 - 14:00, **Clara West, MDA Pankow. Mobile Sprechstunde**, 10-11 Uhr vor dem Mühlenbergcenter, Greifswalder Str. 90, 10409 Berlin, 11.30-12.30 Uhr am Antonplatz, 13-14 Uhr vor den Schönhauser Allee Arcaden

■ 12.11.2016 11:00 - 12:00, Clara West, MDA Pankow, **Mietrecht-Beratung in Pankow**, Wahlkreisbüro Dr. Clara West, Naugarder Str. 43, 10409 Berlin

■ 14.11.2016 19:00, ASG Berlin Mitgliederversammlung „**Ergebnisse der Koalitionsgespräche**“, Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstraße 163, 13353 Berlin

■ 14.11.2016 19:00, SPD-Abteilungen Moabit-Nord, Alt-Moabit und Bellevue, **Sicherheit im Kleinen Tiergarten**, Rathaus Tiergarten (Balkonsaal), Mathilde-Jakob-Platz 1, 10551 Berlin

■ 15.11.2016 19:00, ASJ Pankow, „**Politische und völkerstrafrechtliche Dimensionen des Syrienkonflikts**“, „en passant“, Schönhauser Allee 58, 10437 Berlin

■ 15.11.2016 15:00, AG 6oplus Neukölln, **Mitgliederversammlung mit Bürgermeisterin Franziska Giffey**, Lokal Atrium im Gemeinschaftshaus, Bat-Yam-Platz 1 in 12353 Berlin.

■ 15.11.2016 16:00 - 19:00, **Fritz Felgentreu, MdB Neukölln, Sprechstunde**, Bürgerbüro

am Lipschitzplatz, Lipschitzallee 70 (Anmeldung unter Tel. 030/568 21 111)

■ 16.11.2016 20:00, SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Dahlem, **Bericht aus dem Bundestag mit Ute Finckh-Krämer**, MdB, Ev. Kirchengemeinde Dahlem, Thielallee 1-3, 14195 Berlin

■ 16.11.2016 17:00 - 18:00, **Karin Halsch, MDA Lichtenberg, Bürgersprechstunde**, Bürgerbüro Am Berl 13, 13051 Berlin

■ 17.11.2016 18:30, AG Migration und Vielfalt Steglitz-Zehlendorf **Mitgliederversammlung**, „Das Steglitz-Zehlendorfer Register zur Erfassung von rechtsextremen und diskriminierenden Vorfällen mit Dr. Dmitri Stratiewski, Koordinator des Registers. SPD-Kreisbüro, Thaliaweg 15, 12249 Berlin

■ 22.11.2016 18:30, Friedrich-Ebert-Stiftung, **Verfassung und Rechtsstaatlichkeit als Garant für Südafrikas junge Demokratie?** Friedrich-Ebert-Stiftung, Haus 1, Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin. Um Anmeldung bis zum 16. November unter fes.afrika@fes.de wird gebeten

■ 22.11.2016 19:00, **Fachausschusses FA IX - Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz, außerplanmäßige Sitzung**, Kurt-Schumacher-Haus, Erika-Heß-Saal, Müllerstraße 163 in 13353 Berlin Mitte.

■ 23.11.2016 16:30 - 18:00, **Jörg Stroedter, MDA, Bürgersprechstunde**, Um vorherige Anmeldung wird unter der Telefonnummer

Die Berliner Stimme im Abonnement

Änderungen beim Abonnement? Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, D 10405 Berlin

Sie haben noch kein Abonnement? Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 28 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 35 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, D 10405 Berlin, per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

Ist das Barock oder kann das weg?

August Bebel Institut zeigt Ausstellung zur Stadtgestaltung

Ende Mai 2016 wurde in Potsdam eine Ausstellung mit der Frage: „Ist das Stadt oder kann das weg?“ gezeigt. Das Kuratorenteam „Neudeuter“ regte eine Neudiskussion der Gestaltung Potsdams an. Nachdem die DDR wenig für die Erhaltung alter Bausubstanz getan hatte, beschlossen die Stadtverordneten 1990 eine „behutsame Wiedernäherung an das charakteristische, historisch gewachsene Stadtbild“. Diskutiert wird jetzt die Gefahr, dass wichtige Gebäude aus der DDR-Zeit aufgrund des Beschlusses weichen müssen.

Ist die Orientierung einer lebendigen Innenstadt im 21. Jahrhundert an barocken Maßstäben noch sinnvoll? Was bedeutet das für die Diskussion über die Berliner Innenstadt? Wie bezieht sich diese Frage auf das Humboldt-Forum und andere Projekte?



Blick aus dem Humboldt Forum: Wie geht Berlin mit seiner Stadtmitte um? Foto: Ulrich Horb

Das August Bebel Institut zeigt in seiner aktuellen Ausstellung Ergebnisse einer Stadtwerkstatt in Potsdam vom März 2016, bei der Bürger*innen eingeladen wurden, gemeinsam neue Sichtweisen auf das Bestehende zu entwickeln und nach alternativen

Lösungen zur Weiterentwicklung der Potsdamer Mitte zu suchen.

Vier Filme mit dem Titel „Der Stein der Weisen – Videos der Potsdamer Alchimesten“ zeigen Ansätze, wie in Potsdam aus Beton Gold gemacht werden könnte. Tom Korn hat Architektur in Teppichkunstwerken zu einem „flauschigen Realismus“ verarbeitet. Die Künstlerin Kathrin Ollroge stellt einen „Raum für Gedanken“ in die Galerie. In ihm können Gedanken über die Stadt entwickelt werden. Daneben hängen Porträtfotos von Bewohner*innen des „Staudenhofs“ – ein dem Abriss geweihtes Wohnprojekt. **PM** □

➡ Eine Ausstellung des Kuratorenteams „Neudeuter“ und Musenkuss e.V., Ira von Kunhardt, Annette Paul, Holger Plickert, Thomas Schubert, bis 2. Dezember 2016, Galerie, Müllerstr. 163, 13353 Berlin, Öffnungszeiten: Mo–Fr, 14–18 Uhr

Einstimmung auf die Weihnachtstage

Zauberwald im Botanischen Garten - Viele Märkte öffnen am 21. November

Der Botanische Garten putzt sich in diesem Jahr vorweihnachtlich heraus - mit tausenden von Lichterketten, unzähligen Lichtfiguren und Millionen von Lichtpunkten. Zum nächtlichen Streifzug im „Christmas Garden Berlin“ steht ein etwa anderthalb Kilometer langer Rundgang bereit.

Mit seiner „Botanischen Nacht“ im Spätsommer hat der Botanische Garten bereits gute Erfahrungen gemacht, nun lädt er in der Zeit vom 17. November 2016 bis zum 1. Januar 2017 ein in eine „leuchtende Märchenlandschaft“ mit Glühwürmchengarten, Zauberwald und Eisbahn. „Im Unterschied zu den vielen dicht gedrängten Weihnachtsmärkten lädt der Christmas Garden Berlin dazu ein, durchzuatmen und

auf gut begehren Wegen und in aller Ruhe die Vorfreude auf den Heiligen Abend zu genießen“, versprechen die Veranstalter. Der Weg führt vorbei an der geheimnisvoll ausgeleuchteten Hängebrücke oder an Feuerstellen mit köstlich duftenden Leckereien.

➡ täglich von 17 – 23 Uhr (letzter Einlass 22 Uhr) geschlossen am 24.12. und 31.12.16. Infos: www.christmas-garden.de. ticket kosten 17 bis 19 Euro (erm. 14,50 bis 16,50 Euro)

Bereits am 21. November öffnen die großen Berliner Weihnachtsmärkte. Rund um den Neptunbrunnen am Roten Rathaus entstehen dann wieder kleine Gassen aus Buden mit Kunsthandwerk und Naschereien. Bis zum 29. Dezember ist dort

auch eine Eisbahn bis 22 Uhr frei zugänglich. Zum 33. Mal öffnet der Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz mit rund 100 Ständen. Etwas kleiner und beschaulicher geht es wieder beim Lucia-Markt in der Kulturbrauerei zu. „Weihnachtszauber“ wird für einen Euro Eintritt am Gendarmenmarkt versprochen, auch vor der Kulisse des Schlosses Charlottenburg ist wieder ein Weihnachtsmarkt aufgebaut. Weitere große Märkte sind am Schlossplatz, in der Altstadt Spandau und am Alexanderplatz zu finden.

Einen alternativen Weihnachtsmarkt richtet das Naturschutzzentrum Ökowerk am 20. November von 11 bis 16 Uhr am Teufelssee aus. **BS** □

➡ www.weihnachteninberlin.de/